

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin

18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel VI

1945 bis 1948

Autor: Waldemar Mertins

Einleitende Bemerkungen

Hitler-Deutschland löste den Zweiten Weltkrieg am 1. September 1939 aus.

In den Jahren 1930 bis 1933 verschärfte sich die allgemeine Wirtschaftskrise und die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche vertieften sich. Die Revolutionierung der Massen nahm zu.

Der deutsche Imperialismus sah im Faschismus den einzigen Ausweg (5., S. 105-108).

Mit der Machtergreifung der Hitler-Clique am 30. Januar 1933 in Deutschland begann eine fieberhafte Aufrüstung. Die Arbeiter kamen in Rüstungsbetriebe und ein Teil der Massen wurden dadurch vom revolutionären Prozess abgelenkt.

Hitler konnte dadurch sein menschenverachtendes Ziel nach innen durchsetzen. Alle linksdemokratischen Parteien, Vereinigungen und Gewerkschaften wurden verboten. Ihre aktivsten Funktionäre und einige Mitglieder in die KZ-Lager verschleppt und in Zuchthäuser eingesperrt. Dadurch brach er den Widerstand (6., S. 9-25).

Nach außen führte Hitler eine brutale, treuebrüchige und räuberische Diplomatie. Sein Ziel war u.a. die Neuaufteilung Europas und die Schaffung neuer Absatzmärkte durch Raub und Ausplünderung von Ländern.

Am 16. März 1935 wurde eigenmächtig der militärische Versailler Friedensvertrag verletzt, indem er die Aufrüstung, vor allem der Luftwaffe und Panzerkräfte, vornahm.

Am 7. März 1936 brach Hitler den Locarno-Vertrag (abgeschlossen im Oktober 1925), indem er die entmilitarisierte Rheinzone besetzen ließ. Den Vertrag mit Österreich vom 11. Juli 1936 zur Wahrung der Unabhängigkeit und Integrität wurde gebrochen, indem deutsche Truppen das Land am 12. März 1938 besetzten.

Auch das Vier-Mächte-Abkommen vom 29. September 1938 in München über die Tschechoslowakei wurde gebrochen, indem am 29. September 1938 das Sudetenland besetzt wurde und die Tschechoslowakei aufgeteilt und Böhmen sowie Mähren ein deutsches Protektoratsgebiet wurden. Die Slowakei wurde ein Marionettenstaat und das Gebiet der Transkarpaten/Ukraine wurde an Ungarn angegliedert.

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg in Europa. Auch dieses Land hatte einen Nichtangriffspakt mit Deutschland.

Am 27. September 1940 wurde in Berlin der Dreierpakt zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossen. In diesen faschistischen Dreierpakt wurden die Länder Ungarn, Rumänien, Slowakei, Bulgarien und Kroatien einbezogen. Diese Staaten waren bereits von deutschen Truppen besetzt. Nicht besetzt waren die Staaten England, Spanien, Schweiz, Portugal und Schweden.

Während des Krieges wurden die folgenden Länder von Deutschland besetzt:

Dänemark	am	9.4.1940
Norwegen	vom	9.4. bis 2.5.1940
Niederlande	vom	10. bis 15.5.1940
Belgien	vom	10. bis 28.5.1940
Luxemburg	am	10.5.1940
Frankreich	vom	10.5. bis 22.6.1940

Jugoslawien vom 6. bis 23.4.1941

Griechenland vom 6.4. bis 28.5.1941

Im Frühjahr 1941 landeten deutsche Truppen in Nord-Afrika (6., S- 9-27).

Deutschland befand sich von 1939 bis 1945 mit 27 Staaten im Kriegszustand.

Am 23. August 1939 unterzeichnete Hitler mit der UdSSR einen Freundschafts- und Handelsvertrag. Das hielt Deutschland nicht davon ab, die UdSSR am 22. Juni 1941 zu überfallen.

Die Sowjetunion schloss am 29.9./1.10.1941 einen Waffenlieferungs- und Bündnisvertrag mit den USA und Engländern ab. Des Weiteren wurde ein Bündnis von 26 Staaten, die „Atlantik-Charta“, gegen Hitler geschaffen.

Der Krieg gegen Deutschland war von Anfang an ein antifaschistischer Befreiungskrieg der Völker.

Der Kalte Krieg der verbündeten West-Militärmacht in Berlin von 1945-1948 „Brennpunkt Berlin“

Im Verlaufe des Weltkrieges zeichneten sich bei den verbündeten Militärmächten zwei Entwicklungswege in der zukünftigen Deutschlandpolitik ab.

Während die Sowjetunion davon ausging, dem deutschen Volke eine „Chance zu einem demokratischen Neubeginn einzuräumen“, planten reaktionäre Kräfte in den USA und England, wie man Deutschland als Bollwerk gegen die antiimperialistische Volksbewegung erhalten kann.

Im November 1943 sprach Präsident Roosevelt bereits von einem „Wettrennen nach Berlin“ (2.). Das erforderte auf jeden Fall, dass die US-Armee Berlin als erste besetzen sollte.

Nach der Eroberung Berlins sollten die westlichen Kommandeure sofort dafür sorgen, dass freie demokratische Verwaltungsorgane geschaffen werden. Der Einfluss der Russen sei mit allen Mitteln zurückzudrängen (2., S. 120).

Am 10. April 1942 tagte der gemeinsame Generalstab der USA und England. Hier äußerte sich der US-Brigade-General Wedemeier „..... vorteilhaft wäre, Europa bei Kriegsende soweit nach Osten - wie möglich - mit angloamerikanischen Truppen zu besetzen.“ (2., S. 120).

Auch der britische Geheimdienst sah vor, bei einem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands, Berlin schnell zu besetzen, um von dort das ganze Land zu beherrschen (2., S. 120).

Die Landung amerikanischer und englischer Truppen am 6. Juni 1944 in der Normandie war bereits ein Teil dieses Planes (2., S.120).

Ein weiteres Ziel dieses Planes war es, die sowjetische Armee nicht über die Elbe vordringen zu lassen, denn das Ruhrgebiet dürfte nicht durch die sowjetische Armee besetzt werden.

Dieser Plan war der sowjetischen Regierung bekannt geworden. In der Konferenz in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 forderte die sowjetische Regierung eine Festlegung der Besetzung Deutschlands nach Kriegsende. Dazu wurde eine Kommission gebildet, die European Advisory Commission (EAC). Sie erarbeitete einen Besetzungsplan für die Siegermächte mit einem Kontrollmechanismus.



Abb. 26: Mitglieder der Militärregierung

Der Oberbefehlshaber der jeweiligen Besatzungszone übte die oberste Regierungsgewalt aus. In der zu bildenden interalliierten Kontrollbehörde sollten die Oberbefehlshaber aller Zonen alle Fragen beraten, sofern es um Probleme ganz Deutschlands betreffend geht. Der „Sitz der Kontrollbehörde“ ist Berlin (1., Abs. I - IV).

Weitere Regelungen, etwa zur Festlegung der Sektoreneinteilung in Berlin, erfolgten am 5. Juni 1945 in Berlin-Wendenschloß in der Niebergall-Str. 20 (3., S. 1-40).

In einer der letzten Kriegskonferenzen der Regierungschefs der Siegermächte Ende 1943 in Casablanca wurde unter anderem festgelegt, dass alle staatlichen Beschlüsse und Vereinbarungen mit Deutschland außer Kraft gesetzt sind.

Die deutsche Armee kapituliert bedingungslos in Berlin

Der faschistische deutsche Eroberungs- und Menschenvernichtungskrieg von September 1939 bis Mai 1945 fand sein Ende in seinem Ausgangspunkt, in Berlin.

Im April 1945 hatte die Rote Armee Berlin eingeschlossen und befand sich kämpfend am 29. April 1945 bereits 500 Meter vor dem Deutschen Reichstag.

Am 30. April 1945 verübte Adolf Hitler Selbstmord und entzog sich damit feige der Verantwortung. Andere Nazi-Größen versuchten zu flüchten oder betäubten sich mit Alkohol oder Morphin (2., S. 34).

Der Versuch deutscher Generäle, einen zeitweiligen Waffenstillstand mit der Roten Armee herbeizuführen, misslang. Das Ziel der deutschen Generäle war es, sich mit Dönitz zu verständigen.

Am 2. Mai 1945 unterzeichnete der Stadtkommandant, General Weitzing, die bedingungslose Kapitulation Berlins. 70.000 deutsche Soldaten und Offiziere gingen in die Gefangenschaft. Der Kampf um Berlin war um 15.00 Uhr beendet (2., Seiten 36 bis 38).



Abb. 27: Das Reichstagsgebäude
Abb. 28: Der Endkampf um Berlin

Auch die 22 deutschen Divisionen mit ca. 900.000 Soldaten in Italien und Österreich, sowie etwa 1 Million Soldaten in Nordwest-Deutschland, Holland, Dänemark und Norwegen streckten die Waffen am 2. und 3. Mai 1945 (2.).



Marshall Shukow beendet die Unterzeichnung der Kapitulation
links Air-Marshal Tedder,
rechts General Spatz)

Маршал Жуков закрывает церемонию подписания капитуляции
(слева маршал Теддер, справа генерал Спатс)



Die Abordnung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW).
V.l.n.r.: Generaloberst Stumpff in Vertretung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral v. Friedeburg, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine

Делегация верховного командования вермахта (OKW).
Слева направо: генерал-полковник Штумпф, представитель главнокомандующего люфтваффе, генерал-фельдмаршал Кейтель, начальник верховного командования вермахта, адмирал флота фон Фридебург, главнокомандующий военно-морского флота

Abb. 29: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation



In dem Moment der gestrigen deutschen Kapitulation sprang ich auch der Kapitulation der ganzen Truppe einen Vollen, das kommt in einer Generation die Welt seiner schrecklichen Jugend

situation optima malis. — Bild unten: Millionen deutscher Soldaten wählten den Weg zu die Gefangenschaft zu sein, aus der viele nicht mit großem äußeren Hindernisse konnten

Abb. 30:
Gesichter gefangen genommener deutscher Offiziere

Abb. 31:
Soldaten auf dem Weg in die Gefangenschaft

DIE DEUTSCHE KAPITULATION

Die Kriegstafel erlischt. Am 2. Mai 1945 kapitulieren 22 deutsche Divisionen mit 900 000 Mann in Italien und Österreich. Eine Million Mann strecken am 5. Mai in Nordwestdeutschland, Holland, Dänemark und Norwegen die Waffen. „Die Militärmacht Deutschland ist zu Lande, zur See und in der Luft geschlagen“, heißt es in einem Ausruf General Eisenhowers am 4. Mai.

Am 7. Mai ist es soweit. Tags zuvor hat die letzte Sitzung der deutschen und alliierten Bevollmächtigten zur Beratung der bedingungslosen Kapitulation stattgefunden. Rue Jolicœur 13, in der Berufsschule zu Reims, dem Hauptquartier von General Eisenhower, sitzen sich Generaloberst Alfred Jodl, ehemaliger Chef des Wehrmacht-Führungsstabes und neuer Chef des deutschen Generalstabes, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, ehemaliger Befehlshaber der U-Boote und neuer Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Major Wilhelm Oxenius und die alliierten Vertreter gegenüber. An den Wänden hängen Generalstabskarten, die unmißverständlich die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage Deutschlands erkennen lassen. Um 141 Uhr MEZ unterzeichnen im Namen des OKW Jodl und von Friedeburg die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht mit zwei goldenen Füllfedernhaltern, die General Eisenhower seit dem Feldzug in Afrika eigens zu diesem Zweck bei sich trug. Dann setzen für Großbritannien und die USA der Stabschef der Obersten Alliierten Befehlshaber, Generalleutnant Walter Bedell Smith, für die französischen Streitkräfte General Francois Sevez und für das sowjetische Oberkommando Generalmajor Ivan Susloparoff ihren Namen unter die in vierfacher Ausfertigung auf dem Tisch liegenden Kapitulationspapiere.

Kaum fünf Minuten hat der Unterzeichnungsakt gedauert. Dann erhebt sich Generaloberst Jodl und bittet um das Wort und gibt folgende Erklärung ab: „Herr General! Mit dieser Unterschrift sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderben dem Sieger ausgeliefert. In diesem Kriege, der über fünf Jahre dauerte, haben beide mehr geteilet und mehr gelitten als vielleicht irgendein anderes Volk der Welt. In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.“ Anschließend empfängt General Eisenhower, der bei der Unterzeichnung nicht anwesend ist, die deutschen Bevollmächtigten und fragt sie kurz, ob sie die Kapitulationsbedingungen verstanden haben und ob sie sie ausführen würden. Die Offiziere bejahen, verabschieden sich und verlassen den Raum. Dem deutschen Volk teilt wenige Stunden später, um 5.50 Uhr MEZ, der amtierende Reichsaußenminister, Graf Schwerin von Krosigk, in einer Rede über den Sender Flensburg das Ende des Krieges in Europa mit.

Der Kalender zeigt den 8. Mai 1945. Eine Kolonne von 40 Kraftwagen bewegt sich auf der 12 km langen Strecke vom Flugplatz Berlin-Tempelhof zum Hauptquartier des sowjetischen Marschalls Schukow in Berlin-Karlshorst. Nachdem die alliierten Delegierten den Verhandlungsraum betreten haben, gibt der den Vorsitz führende russische Marschall den Befehl, die deutschen Bevollmächtigten hereinzuführen. Als erster erscheint der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalleutnantmarschall Wilhelm Keitel, das Ritterkreuz um den Hals, auf der linken Brusttasche – ebenso wie Jodl in Reims – das Goldene Parteiabzeichen, den Marschallstab in der Hand. Ihm folgt Generaladmiral von Friedeburg, der bereits in Reims mit unterzeichnete. Keitel tritt an den Tisch, hebt den Marschallstab zu einem verbissenen Gruß und legt ihn dann deutlich hörbar vor sich auf den Verhandlungstisch. Als letzter ist Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, von Göring im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 zum Oberbefehlshaber der Luftflotte „Reich“ ernannt, eingetreten.

Während der folgenden Verhandlung verlangt Keitel eine zehnstündige Verlängerung der Kapitulationsfrist, um alle Einheiten rechtzeitig benachrichtigen zu können. Das Ansinnen wird schriftlich abgelehnt. Nach einer Verhandlungsdauer von 10 Stun-

den wird um 23 Uhr MEZ folgende Urkunde unterzeichnet, die schon in etwas gekürzter Form am 7. Mai in Reims ausgetertigt worden war:

1. Die Unterzeichneten, handelnd im Namen des deutschen Oberkommandos, erklären hiermit die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, welche sich in diesem Augenblick unter deutscher Kontrolle befinden, gegenüber dem Obersten Befehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig gegenüber dem Obersten Kommando der Roten Armee.

2. Das deutsche Oberkommando wird sofort an alle deutschen Kommandostellen der Land-, See- und Luftstreitkräfte und an alle unter deutscher Kontrolle stehenden Streitkräfte Befehle erteilen, die Kampfhandlungen um 23.01 Uhr MEZ am 8. Mai 1945 einzustellen, in den zu dieser Zeit besetzten Stellungen zu verbleiben und die völlige Entwaffnung vorzunehmen, indem sie ihre Waffen und Ausrüstungsgegenstände den lokalen alliierten Befehlshabern oder den von den Vertretern der alliierten Oberkommandos bezeichneten Offizieren abliefern. Kein Schiff, Fahrzeug oder Luftschiff darf unbrauchbar gemacht, noch darf dem Schiffs- oder Flugkörper, dem maschinellen Teil oder der Ausrüstung und auch nicht Maschinen irgendwelcher Art, der Kriegsausrüstung, den Werkzeugen und den gesamten technischen Mitteln zur Fortsetzung des Krieges im allgemeinen eine Beschädigung zugefügt werden.

3. Das deutsche Oberkommando wird sich sofort mit den in Betracht kommenden Befehlshabern in Verbindung setzen und die Ausführung irgendwelcher weiteren Anordnungen sicherstellen, die von dem Obersten Befehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte und von dem Obersten Kommando der Roten Armee erlassen werden.

4. Diese Urkunde militärischer Übergabe präjudiziert nicht ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstrument, das von und im Namen der Vereinten Nationen Deutschland und den deutschen Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt werden wird.

5. Falls das deutsche Oberkommando oder irgendwelche unter seiner Kontrolle stehenden Streitkräfte nicht entsprechend dieser Kapitulationsurkunde handeln, werden der Oberste Befehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte und das Oberste Kommando der Roten Armee die ihnen geeignet erscheinenden Strafmaßnahmen ergreifen oder in anderer Weise vorgehen.

6. Diese Urkunde ist in englischer, russischer und deutscher Sprache aufgesetzt. Nur der englische und russische Text sind authentisch.

Unterzeichnet zu Berlin, am 8. Tage des Mai 1945.

Friedeburg Keitel Stumpff

im Namen des deutschen Oberkommandos
In Gegenwart von:

im Namen des Obersten Befehlshabers
der alliierten Expeditionstreitkräfte
A. W. Tedder

Im Namen des Obersten Kommandos der Roten Armee
G. Schukow

Die Asche Keitels und Jodls wurde in alle Winde zerstreut; von Friedeburg verurteilte sich am Tage der Gefangennahme der Dintz-Remerung, nur Generaloberst Stumpff überstand den Zusammenbruch und seine Folgen und wurde im Oktober 1947 von dem britischen „Gerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen“ in Hamburg freigesprochen.

[Aus „Weltleitungspost“, 7. Mai 1949]

Abb. 32: Die Deutsche Kapitulation (Urkunde)

Am 8. Mai 1945 fand der blutigste Krieg in der Geschichte des 20. Jahrhunderts durch die um 22.45 Uhr unterzeichnete bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst, Rheinstraße, für sämtliche Streitkräfte der Hitler-Armeen und deren Verbündeten in Europa sein Ende (2.). Dieser Krieg forderte nach Schätzungen ca. 40 Millionen Tote, davon 10 Millionen Soldaten und 30 Millionen Zivilisten (4., S. 240).

Die Lage Berlins

Das sowjetische Armee-Kommando ernannte am 28. April 1945 Generaloberst N. E. Bersarin zum Stadtkommandanten von Berlin. Die gesamte administrative und politische Macht ging laut Befehl vom Stadtkommandanten aus (4.).

Sein erster Befehl vom 28. April 1945 besagte:

- Verbot und Auflösung der NSDAP und alle ihre Gliederungen;
- Wiederaufnahme der Arbeit in den kommunalen Betrieben, Lebensmittelläden und Bäckereien;
- Gaststätten und Sportplätze sollten wieder geöffnet werden;
- Gottesdienst wurde wieder gestattet.

Generaloberst Bersarin war bestrebt, die provisorischen Verwaltungsorgane in den Stadtbezirken zu bilden. Denn das Leben sollte von den deutschen antifaschistischen und demokratischen Kräften geregelt werden. Vor allem Ordnung, Sicherheit und Ernährung für die Bevölkerung (1.).

In den Bezirken wurde sofort nach Ende der Kampfhandlungen im April von den gebildeten Bürgerkomitees, die sich aus Antifaschisten und Mitgliedern der SPD/KPD zusammengesetzt hatten, Vorschläge für die neuen Stadtbezirksorgane unterbreitet, wie z.B. in Reinickendorf, Köpenick, Zehlendorf, Wedding usw. (1. und 2.).

Die Gruppe W. Ulbricht (KPD), die aus der Emigration (Moskau) zurückgekehrt war, unterstützte die Bildung der Stadtbezirksorgane (1. / 2., S 62).

Die Leitungen wurden nach Möglichkeit zusammengesetzt, jedoch wurde Wert darauf gelegt, dass die linksgerichteten Kräfte die Mehrheit bildeten. Die Bürgermeister waren überwiegend Antifaschisten, KPD- bzw. SPD-Personen (1., S. 62).

Berlin bot ein Bild des Grauens und der Verwüstung. Seit 1940 erlebten die Berliner 363 Bombenangriffe von der amerikanischen und englischen Luftwaffe. Sie warfen ca. 45.000 Bomben über Berlin ab. Was nicht durch Bomben vernichtet wurde, wurde in der Schlacht zerstört.

Die Menschen litten Hunger und waren durch Krankheit gezeichnet. Die meisten Lebensmittelvorräte hatten SS und Wehrmacht beim Rückzug gesprengt oder waren durch die Zivilbevölkerung geplündert worden.

Die Trinkwasserversorgung, Strom- und Gasversorgung sowie Kanalisation waren zum Teil zerstört. Die Pumpen standen still. Es bestand die Gefahr, dass Seuchen ausbrechen (1.).

Die Krankenhäuser waren sehr stark zerstört. Von 26.000 Krankenhausbetten waren nur noch 8.500 Betten vorhanden. Medikamente, Ärzte und Krankenschwestern fehlten. Krankentransportfahrzeuge waren zum größten Teil zerstört.

Der gesamte öffentliche Straßenverkehr, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen waren lahmgelegt. Von 226 Brücken waren 128 zerstört; 48% aller Wohngebäude und 60% der Fabriken waren total vernichtet. Von ca. 1.562.000 Wohnungen waren nur noch 37.000 bewohnbar. In Berlin lebten vor dem Kriege 4,5 Millionen Einwohner; 1945 waren es 2,6 Millionen; durch Luftangriffe starben ca. 66.000 Menschen (1., Abschn. I-V)

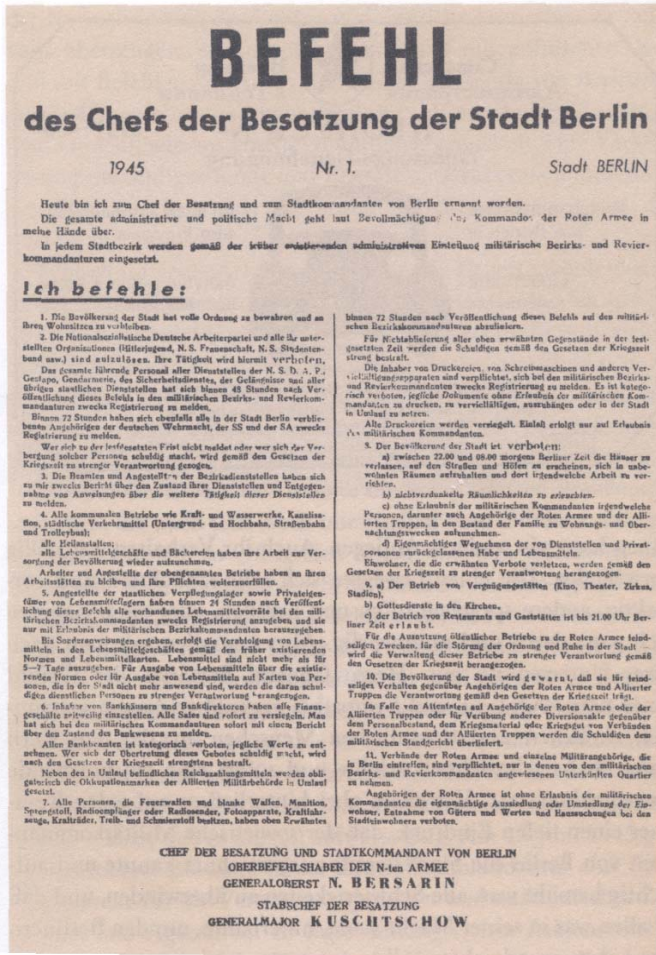


Abb. 33: Befehl Nr. 1 des Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin

Es gab keine Zeitung und keinen Rundfunk in Berlin. Neben der zerstörten und verwüsteten Stadt war noch tief in den Köpfen vieler Menschen das „Gift der Nazi-Ideologie“ vorhanden. Es herrschte eine niederdrückende Stimmung. Viele Menschen vegetierten ohne Hoffnung auf ein besseres Leben dahin; sie sahen keinen Ausweg; sie waren sich nicht der Ursache der Katastrophe bewusst! Aus Verzweiflung verübten viele Bürger Selbstmord (3., S.1-30).

Es war den deutschen Antifaschisten nicht gelungen, das Land aus eigener Kraft vom Faschismus zu befreien. Ein Teil der Bürger empfand die Befreiung vom Faschismus als eine Niederlage.

Berlin lebte langsam auf.

Die Hauptaufgabe sah die sowjetische Stadtkommandantur in der schnellen Bildung der arbeitsfähigen, provisorischen Bezirksvertretungen, die das gesellschaftliche Leben und die notwendige Versorgung organisieren sollten.

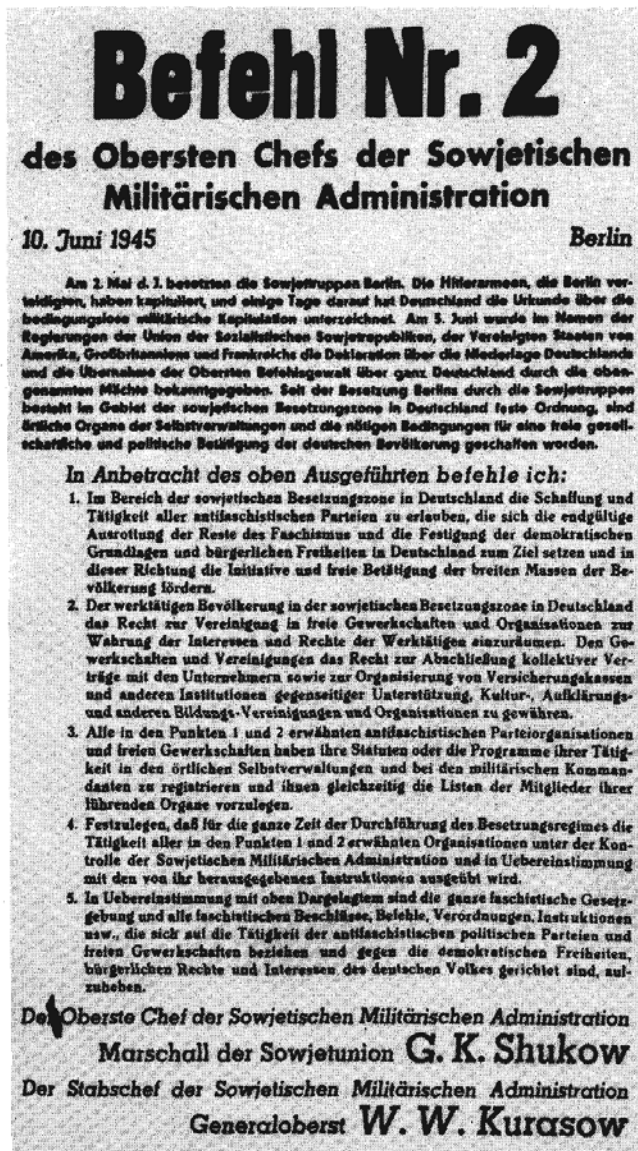


Abb. 34: Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration (SMA) vom 10. Juni 1945

Nach der Reinigung der Verwaltungen und der Betriebsleitungen von aktiven Nazi-Anhängern wurden antifaschistische und ehrliche Demokraten als verantwortliche Leiter eingesetzt.

Die erste Hilfe leisteten die Truppen der Roten Armee, die aus ihren Feldküchen warmes Essen bereitstellten. Außerdem stellte die sowjetische Armee ca. 50 Millionen Tonnen Lebensmittel aus ihren Beständen für Berlin zur Verfügung.



Abb. 35:
Trinkwasserver-
sorgung durch
Straßenpumpe

Straßenpumpen halfen nach der Einstellung der Trinkwasserversorgung die Wassernot lindern.

Für die hungernde Bevölkerung war in den Kampftagen ein totes Pferd eine willkommene Beute.



Abb. 36:

Auf der Suche nach
Verwertbarem

Um die Versorgung aller Einwohner zu gewährleisten, wurden am 15. Mai 1945 Lebensmittelkarten ausgegeben. Auch die ersten notwendigen Reparaturarbeiten an Gas- und Stromanlagen sowie den Straßenbahnen leisteten die sowjetischen Soldaten.



Abb. 37: Zerstörte Werksanlage des Kabelwerkes Oberspree
Antifaschistisches Aufbauplakat in der Berliner Straße

So konnten in kurzer Zeit 60 Bäckereien und 500 Lebensmittelgeschäfte ihre Betriebe öffnen. Ende Juni hatten bereits die ersten Betriebe ihre Arbeit aufgenommen. Z.B. war EAW Treptow zu 60 % zerstört; 300 Arbeiter fanden hier wieder ihre Arbeit. 600 Betriebe hatten bereits ihre Arbeit aufgenommen. Weil die Banken alle Konten gesperrt hatten, stellte das sowjetische Kommando 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Das Leben kam wieder in Gang (2., S. 14-114).

Nach der Besetzung ganz Berlins durch die sowjetische Armee begann sie sofort mit der Demontage der noch vorhandenen Industrieanlagen. Von ca. 25.000 Maschinen des Werkzeugmaschinenbaus in Berlin-West blieben nach der Demontage nur noch 88 Maschinen, den Rest dieser Maschinen baute noch die französische Besatzungsmacht ab (1.)



Luftaufnahme des Ruinenviertels um die Gedächtniskirche

Abb. 38: Luftaufnahme des Ruinenviertels um die Gedächtniskirche

Die Aktion „Ossakin“, die die Deportation von deutschen Facharbeitern und Ingenieuren sowie Wissenschaftlern aus der SBZ und dem Ostsektor am 21. und 22. Oktober 1946 durch die sowjetische Besatzungsmacht vorsah, traf die Bevölkerung sehr schwer.

Die erste Zeitung, die „Tägliche Rundschau“, kam am 15. Mai 1945 heraus und am 15. Juni 1945 erschien die „Deutsche Volkszeitung“. Am 17. Mai 1945 wurden der Oberbürgermeister des Magistrats und seine Stadträte bestätigt. Oberbürgermeister wurde Dr. Werner, parteilos.



7 19. Mai 1945: Gründungsversammlung des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin im Neuen Stadthaus.
V. r. n. l. Karl Maron, Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner,
Generaloberst N. E. Bersarin

Abb. 39: Amtseinführung des Berliner Magistrats am 19.5.1945

Folgende Personengruppen waren im Magistrat vertreten:

7 Personen der KPD, 4 SPD-Mitglieder, 6 parteilose Mitglieder und ein CDU-Mitglied.

Als Stadträte fungierten:

Karl Maron (KPD), 1. stellvertretender Oberbürgermeister
 Dr. Andreas Hermes (CDU), 2. stellvertretender Oberbürgermeister
 Paul Schwenk (KPD), 3. stellvertretender Oberbürgermeister
 Karl Schulze (KPD), 4. stellvertretender Oberbürgermeister
 Arthur Pieck (KPD), für die Verwaltung und Personalfragen zuständig
 Dr. Andreas Hermes (CDU), zuständig für Ernährung
 Prof. Dr. Ferdinand Sauerbruch (CDU), Gesundheitswesen
 Walter Jirak (parteilos), verantwortlich für die Städtischen Betriebe
 Otto Winzer (KPD), Volksbildung
 Ernst Kehler (KPD), Post- und Fernmeldewesen
 Fritz Kraft (SPD), Städtischer Verkehr
 Dr. Hermann Landwehr (parteilos), Wirtschaft
 Josef Orlopp (SPD), Handel und Handwerk
 Ottomar Geschke (KPD), für Sozialfürsorge
 Prof. Hans Scharoun (parteilos), Wohnungs- und Bauwesen
 Edmund Noortwyck (KPD), Finanz- und Steuerwesen
 Paul Schwenk (KPD), für Planungen
 Hans Jendretzky (KPD), für Arbeitseinsatz
 Peter Buchholz, für kirchliche Angelegenheiten (8., S. 53f.)

Entwicklung der neuen „Freien Gewerkschaft“ in Berlin

Die sowjetische Besatzungsmacht war bestrebt, nach der Besetzung von Berlin die Vormachtstellung für die linksgerichteten Kräfte zu schaffen. Dazu gehörte auch vor allem der Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (siehe Anlage 9), der die Zulassung von freien Gewerkschaften in der SBZ (15.) gestattete.

Die Arbeiter in den Betrieben verbanden mit der Zulassung von freien Gewerkschaften die Hoffnung auf den Aufbau einer humanen Gesellschaft, den Frieden, die Brüderlichkeit und die Befreiung von sozialer Not sowie den Weg für den Fortschritt.

Das kam auch bei der Aussprache von ca. 100 Metallarbeitern am 13. Juni 1945 in Reinickendorf zum Ausdruck. Als Sprecher traten auf: Kollege Dünehacke (SPD) und Kollege Rettmann (KPD). Vertreter verschiedener Gewerkschaftsrichtungen vor 1933 waren auch anwesend. Beide Redner bejahten aus tiefster Überzeugung die neue Freie Gewerkschaft - die Einheitsgewerkschaft. Das fand auch die volle Zustimmung der Teilnehmer (10., S. 10)

Trotz der schweren Zeiten fanden sich einige ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre der verschiedenen politischen Richtungen, die durch bittere Erfahrungen vor 1933 bis 1945 erkannt haben, dass die Einheit der Gewerkschaften notwendige Voraussetzung ist, um Kriege und Faschismus zu überwinden, zumal viele von ihnen in Zuchthäusern und KZ-Lagern erkannt haben, dass nur die Einheit eine Garantie für die Zukunft ist (8.).

Es waren Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose der verschiedensten Richtungen aus der Gewerkschaftsbewegung, die sich jetzt der Aufgabe stellten, die Einheit der Gewerkschaften herzustellen.



Die strittigen Fragen, die jahrzehntelang in den Gewerkschaften vorherrschten, wie politische und parteipolitische Neutralität, Nur-Gewerkschaftertum, Klassenharmonie, Antikommunismus und Rassenwahn, galt es nun, auszudiskutieren und zu überwinden.

Die Funktionäre wollten nach den revolutionären Traditionen starke einheitliche, auf den Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaften schaffen. Es dürfte kein 1933 mehr geben. Der Bruderkrieg musste ein für allemal beseitigt werden.

Die Niederlage der Monopole und Militärcamerilla brachte der deutschen Arbeiterklasse eine Chance, die Einheit der Gewerkschaften herzustellen. Es galt, den deutschen Militarismus und Kapitalismus, die Urheber zweier verheerender Kriege in diesem Jahrhundert waren, mit ihren Wurzeln zu vernichten und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung einzuleiten.

Viele aufrichtige Bürger begannen, das gesellschaftliche Leben in Gang zu bringen; dazu gehörte auch das Leben in den Betrieben und den Gewerkschaften.

Abb. 40: Theodor Leipart – letzter Vorsitzender des ADGB

Die Auseinandersetzungen, die zur Klärung führten, waren sehr hart und kritisch, aber auch mit Kompromissen verbunden (9., S. 52-74).

„Der 1. Mai 1933 wurde als der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung erkannt“ (9., S. 52-74).

1933 gab es fünf miteinander rivalisierende Gewerkschaftsspitzenverbände und 129 Berufsverbände, die alle gegeneinander einen Kampf führten. Sie hatten den Grundsatz der Gewerkschaften - **die Solidarität** - verloren.

Der letzte Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), **Theodor Leipert**, bekundete nach 1945 wiederholt seine Zustimmung zur Gewerkschaftseinheit.

Am 14. Juni 1945 bildete sich der vorbereitende Gewerkschaftsausschuss Groß-Berlin.

Aus dem 2. Weltkrieg kam die deutsche Arbeiterbewegung niedergeschlagen, demoralisiert und hoffnungslos heraus. Es gab keine Organisation und Orientierung. Viele ihrer besten Funktionäre waren in den KZ's und Zuchthäusern ermordet worden. Die überlebenden, antifaschistischen Widerstandskämpfer waren durch Krankheit gezeichnet. Die Antifaschisten aller politischen Richtungen und Glaubensbekenntnisse aus dem KZ Buchenwald gelobten nach ihrer Befreiung, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Einheit der Arbeiter-Organisationen und für die völlige Niederwerfung und Ausmerzungen von Faschismus und Militarismus einzutreten.

Es waren

die Kollegen Roman Chwalek, Hans Jendretzky, Paul Walter aus der ehemaligen RGO / KPD;
die Kollegen Otto Brass, Bernhard Göring und Hermann Schlimme vom ADGB / SPD;
der Kollege Ernst Lemmer aus den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen;
ferner der Kollege Jakob Kaiser aus der Christlichen Gewerkschaftsbewegung / CDU.

Diese Kollegen bildeten den „Vorbereitenden Berliner Gewerkschafts-Ausschuss“ und erarbeiteten den „Aufruf“ zur Bildung der Gewerkschaften (15.).

Sie unterzeichneten auch den Aufruf (siehe Seite 94, Abb. 41, Text).

Weiterhin unterstützten die Kollegen J. Schaeff, E. Klatt, Vollmer, R. Barth und andere die Arbeit des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses. Ebenfalls unterstützte auch die Gruppe Ulbricht (KPD) den Ausschuss. Das kam auch in dem 10-Punkte-Programm der KPD zum Ausdruck.

Walter Ulbricht erklärte 1945, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland (siehe Aktionsprogramm der KPD 1945).

Der Ausschuss berief zum 17. Juni 1945 die erste Tagung der neu zu bildenden Gewerkschaft im Alten Berliner Stadthaus ein. Anwesend waren 579 Kolleginnen und Kollegen als Vertreter aus den Betrieben. Kollege Brass eröffnete die Versammlung.

Kollege Chwalek begründete den „Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin“ und erläuterte die zukünftigen Aufgaben.

AUFRUF

des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin

Die Tyrannei des Hitler-Faschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen. Millionen Toter und Verwundeter, zerstörte Städte, vernichtetes Eigentum, Witwen und Waisen klagen an. Furchtbar hat Hitler sein großsprecherisches Wort wahr gemacht, das er bei seiner Machtergreifung verkündete: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen.“ Durch seine barbarische Rassenlehre und den Vernichtungsfeldzug gegen andere Völker hat Hitler die eigene Nation geschändet.

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und zu unentschlossen, um entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht.

Mord und Versklavung im Innern war der Anfang. Zur ungehinderten Durchführung seiner verbrecherischen Pläne zerschlug er die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aus dem geraubten Hab und Gut schufen die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront, das Instrument zur Versklavung der Arbeiterschaft und zur Vorbereitung ihres Raubkrieges. Nutznießer der Volksnot und Abenteurer standen an der Spitze.

Dann begann der Eroberungskrieg, der Vernichtungsfeldzug gegen die anderen Völker. Rüstungsindustrielle, Großgrundbesitzer und sonstige Militaristen verbündeten sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Clique und opferten kaltblütig das deutsche Volk ihrem Machthunger. Hitler befahl die Ausradierung fremder Städte: Warschau, Rotterdam, London und Stalingrad wurden zerstört. Das härteste Schicksal bereitete er den slawischen Völkern. Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Völker wurden versklavt. Wohin immer die Horden seiner SS und Sonderkommandos kamen, hatten sie Blut und Tränen, Hunger und Tod im Gefolge. Und die deutsche Armee, von nur allzu vielen verantwortungslosen und ehrgeizigen Generalen geführt, war ebenso willenloses Werkzeug für Hitlers Schandtaten.

Nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften fanden sich Männer zusammen, die aktiv am Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilnahmen. Viele von ihnen sind den Henkern der Gestapo zum Opfer gefallen. Auch unter den Freiheitskämpfern des 20. Juli 1944, die das Hillertum zu stürzen versuchten, waren verantwortliche Männer der früheren Gewerkschaften beteiligt. Nur wenige von ihnen entgingen dem Strang.

Dem Kampf der aktiven antifaschistischen Gruppen in Deutschland blieb der Erfolg versagt. So mußten die verbündeten Armeen den opferreichen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der faschistischen Kriegsbrandstifter mit ihren Kräften führen. Erst mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee fand Hitler sein schmachvolles Ende. Nun können wir uns selbst überzeugen, daß die Vereinten Nationen den Krieg nicht zur Vernichtung des deutschen Volkes geführt haben.

Nach dem Einzug der Roten Armee in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine zivile Verwaltung auf der

Grundlage der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte erreicht.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration gibt den Arbeitern

Beweisen wir der Welt, daß die geeinte Arbeiterschaft, durch Tradition bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands,

Berlin, den 15. Juni 1945.

Der vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin

Otto Braß
Bernhard Göring

Hermann Schlimme
Paul Walter

Roman Chwalek
Ernst Lemmer

Jakob Kaiser
Hans Jendretzky

und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften.

Damit ist der von den Arbeitern und Angestellten langersehnte Zeitpunkt gekommen, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären:

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine

Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten

werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrenzte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wollen sie mitwirken, das Vertrauen der andern Völker wiederzugewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee in Übereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor, ihre Meinung zu folgenden

Erstaufgaben der freien Gewerkschaften zu äußern:

1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Darum Säuberung aller Posten in Stadtverwaltung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.
2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrenzte Arbeit wieder aufzubauen. Raschmögliche Wiedereingangssetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.
3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und Organisation des Arbeitsschutzes und des Arbeitseinsatzes. Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sozialversicherung unter Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.
4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.

Arbeiter und Angestellte!

Die Nazi-Tyrannei ist tot! An uns liegt es jetzt, trotz aller Schwierigkeiten Hand anzulegen zum Neuaufbau. Wieder, wie nach 1918, liegt das Schicksal der Heimat in unserer Hand. Wir dürfen diesmal nicht versagen.

Die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Tradition zu bedienen, sich entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern,

Abb. 41: Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses (1945)

Kollege Schlimme sprach über die zukünftigen Organisationen:

Es sind in den kommenden Wochen in den Betrieben die Vertrauenskörper, die Gewerkschaftsleitungen und die Betriebsräte zu wählen.

Weiterhin sind 18 Gewerkschaftsverbände und 20 Stadtbezirksausschüsse des FDBG zu bilden. Das Grundprinzip in der Zukunft muss sein „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.

In den Vordergrund der Arbeit in allen Leitungen sollten das Mitbestimmungsrecht und die Arbeiterkontrolle, der Kampf gegen die Nazi-Ideologie, für soziale Verbesserungen und Betriebsvereinbarungen mit Tarifregelungen sowie der Arbeitsschutz stehen.

Es zeigten sich Ansätze, dass die Unternehmer alles daran setzten werden, ihr „Recht“ nicht unter die Kontrolle der Gewerkschaften zu stellen (9.).

Zur Diskussion sprachen u.a. die Kollegen Göring, Kaiser und Lemmer. Sie betonten besonders, dass die Gewerkschaften ein bedeutender Faktor in der Demokratie sind und in der Einbeziehung der Werktätigen und Leitungen der Stadt und Wirtschaft berücksichtigt sein sollten (9.).

Auf den Gründungsauftrag der Freien Gewerkschaften vom 15. Juni 1945 antworteten viele Betriebskollektive mit der Bildung von Arbeiterausschüssen und der Wahl von Betriebsräten sowie dem Eintritt in die Gewerkschaften.

Trotz der schweren Zeit gingen die Funktionäre engagiert an die Lösung der Aufgaben heran. In relativ kurzer Zeit wurden die Aufgaben gelöst. In den Versammlungen und Aussprachen traten neben den Organisationsfragen auch viele ideologische Probleme auf; besonders um das Mitbestimmungsrecht der Kollegen. Viele waren nicht davon überzeugt, dass die Unternehmer damit einverstanden sind, dass sie von Arbeitern kontrolliert werden. Andere forderten die Liquidierung der Konzerne und Überführung in Volkseigentum.

Dass die Monopolherren nicht kampflos das Feld räumen würden, zeigte die Unternehmerberatung beim Magistrat am 25. Juli 1945. Hier forderte Herr Schwab, Generaldirektor von Telefunken, dass die Konzerne bevorzugt mit Rohstoffen beliefert werden sollten. Anmaßend und offen trat er gegen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben in aller Schärfe auf (3., S. 1 - 69).

Diese Herren wurden bereits von den westlichen Besatzungsmächten weitgehend unterstützt. So forderte der Sprecher des AEG-Konzerns die Zulassung von Unternehmerverbänden (10. S. 17 - 28).

Mit der Besetzung von 3 Sektoren in Berlin durch die West-Besatzungstruppen wurde der deutschen Verwaltung jede Einflussnahme auf Produktion und Lenkung der Betriebe völlig entzogen. Die Beschlagnahme des Vermögens der Nazi's und Kriegsverbrecher wurde hintertrieben. Weitere Beschlagnahmen wurden verboten.

Die Auswahl und Einsetzung von leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären erfolgte durch die Besatzungsmächte. Das amerikanische Finanzkapital setzte alles daran, um die deutschen Konzerne zu retten. Das zeigte sich besonders bei den Mammutkonzernen der Elektroindustrie, wie Siemens und AEG.

Zusammen mit den Vertretern der Westmächte tauchten auch die Direktoren in den Konzernbetrieben in West-Berlin auf und versuchten ihre alten Stellungen zurückzuerobern. Auch die Banken verweigerten dem Magistrat Auskünfte über aktive Nazis.

Auch die Tagung der 60 Unternehmer am 23. August 1945 in Berlin-Schlachtensee zeigte, dass die Konzerne (5.) mit allen Mitteln versuchten, die Gewerkschaften mit ihren Vorhaben

zurückzudrängen. Der Sprecher forderte die Herren der Konzernleitungen auf, sich mit der Produktion zurückzuhalten; damit wollten sie die Entwicklung auf allen Gebieten stören (10., S 12 - 28).

In dieser Zeit zeichnete sich die Verschärfung des Klassenkampfes mit aller Brutalität ab. Hinzu kamen noch eine Reihe von Unstimmigkeiten auf allen Ebenen mit den Besatzungsmächten.

Der kalte Krieg nahm in Berlin seinen Anfang

Am 11. und 12. Juni übernahmen die Besatzungsmächte USA, England und die Sowjetunion ihre festgelegten Sektoren in Berlin. Frankreich kam erst am 12. August 1945 hinzu. Obwohl alles genau festgelegt war, kam es seit diesem Tage zu Konfrontationen unter den Siegermächten. Die westlichen Besatzungsmächte veranlassten die Einstellung der Entnazifizierung. Antifaschisten wurden aus den Verwaltungen entlassen. In den Konzernen und Monopolbetrieben übernahmen die alten Herren unter dem Schutz der Besatzungsmächte ihre Betriebe.

- Schritt für Schritt wurde den alten Herren ihre Macht wieder eingeräumt -.

Die reaktionären Kräfte sammelten sich unter dem Schutz der USA-Besatzungsmacht.

Der Industrielle, Dr. Skrodzki, stellte den Antrag, Unternehmerverbände zuzulassen und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften nicht mehr zu dulden. Die Gewerkschaftsrechte wurden nach und nach eingeschränkt.

Die sozialistische Besatzungsmacht im Osten Deutschlands half den Werktätigen von den ersten Tagen an, das neue demokratische Leben zu organisieren, wie auch aus dem Befehl Nr. 2 ersichtlich ist. In den Westzonen dauerte es mehrere Monate, bis die Werktätigen ihre Gewerkschaftsvertreter wählen durften.

Am 29. Juni 1945 wurden in Berlin unter Teilnahme Marschall Shukow (Sowjetunion), General Clay (USA) und General Weeks (England) die Zugangsverbindungen nach den Westzonen festgelegt, da das Gebiet durch die sowjetische Zone führte. Fahrverbindungen Eisenbahn und Autobahn sowie 3 Flugverbindungen General Clay und Weeks forderten einen uneingeschränkten Verkehr - ohne Kontrolle - mit der Eisenbahn und der Autobahn sowie weitere, für sie genehme Straßen durch die sowjetische Zone. Weiterhin forderten sie den Bau von Reparaturstellen und Flugverbindungen mit Fliegerbegleitung.

Marschall Shukow wies diese Anliegen als unangemessen zurück. Die sowjetische Militärverwaltung behielt sich vor, die Kontrolle an Privat- und Militärpersonen in ihrem Gebiet - Straßen und Eisenbahn - durchzuführen.

Des Weiteren wurde festgelegt, dass alle Maßnahmen und Befehle, die bisher von den Sowjets in Berlin getroffen wurden, als fester Bestandteil bis auf weiteres bleiben sollten (2., Seite 126 – 131).

Das Potsdamer Abkommen vom 17. 07. - 02.08. 1945 legte unter anderem fest:

- Umgestaltung Deutschlands auf demokratischer Grundlage
- Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung
- Bestrafung der Kriegsverbrecher
- Zerschlagung der Monopole
- Deutschland bleibt ein einheitliches Land.

Das waren die wesentlichen Grundbedingungen auch für Berlin.

Die Potsdamer Beschlüsse wurden in den Westsektoren umgangen. Im Ostsektor wurden sie konsequent durchgeführt. Kriegsverbrecher, Monopole und Konzernbetriebe wurden enteignet. Berlin war seit Kriegsende zum Brennpunkt der Auseinandersetzungen der Siegermächte geworden.



Konferenz von Potsdam im August 1945, auf der ein Übereinkommen der USA, Englands und Sowjetrußlands erzielt wurde über eine gemeinsame europäische Politik. Von links sitzend: Ministerpräsident Atlee, England, und Präsident Truman, USA, Marschall Stalin, UdSSR. Stehend: Admiral Leahy, USA, Ernest

Bevin, Großbritannien, James Byrnes, USA, und Molotow, UdSSR. Bild unten: Am 4. April 1949 wurde in Washington der Atlantik-Pakt unterzeichnet: Ein Verteidigungsabkommen zwischen 11 Nationen zur Sicherung der Territorien in Europa und Nordamerika. --- Henry Spaak, Belgien, unterzeichnet den Pakt

Abb. 42: Teilnehmer der Konferenz von Potsdam im August 1945

Teilnehmer der „Potsdamer Konferenz“ waren Stalin, Truman, und Churchill (nach der Niederlage Churchills bei den Unterhauswahlen kam der Labour-Politiker Atlee für Churchill).

Im Potsdamer Abkommen wurde festgelegt, dass die UdSSR als Reparationsleistung 202 Betriebe in der SBZ abbauen kann (2.).

Laut Befehl 124 der SMAG sollten diese Betriebe als SAG umgewandelt und nicht abgebaut werden. Zu diesen Betrieben gehörten u.a. die Leuna- und Buna-Werke, der Schwermaschinenbau, sowie EAW- Treptow u.a. (2.).

Der Aufbau der Wirtschaft war mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, da der größte Teil stark zerstört war. Zum Beispiel EAW-Treptow, die Firma Graetz, die Deutsche Messingwerke in Niederschöneweide, KWO, Funkwerk Köpenick, Bergmann Borsig u.a. Die Maschinen waren unter den Trümmern und mussten herausgegraben und instand gesetzt werden. Dazu fehlte oft das notwendige Werkzeug und Material.

Der tägliche Kampf der Arbeiter um die Beschaffung von Nahrung war ein großes Problem. Die Arbeitsmoral hatte durch den Krieg gelitten. Trotzdem hatten die Arbeiter bereits im Juli 1945 ca. 600 Industrieanlagen zum Teil instand gesetzt, so dass in diesen Werken die Arbeit wieder aufgenommen wurde

Durchführung der ersten Gewerkschaftswahlen

Nach Abschluss der Wahlen in den Betrieben und 18 Gewerkschaftsverbänden der IG/ Gewerkschaften sowie in den 20 Bezirksvorständen des FDGB (Kreisvorstände) wurden - entsprechend der Wahlordnung - 605 Delegierte in den Wahlversammlungen gewählt.

In den Bezirken: Mitte 70, Tiergarten 18, Wedding 36, Kreuzberg 33, Friedrichshain 26, Prenzlauer Berg 33, Charlottenburg 26, Spandau 26, Wilmersdorf 15, Zehlendorf 7, Schöneberg 20, Steglitz 14, Tempelhof 24, Neukölln 32, Treptow 23, Lichtenberg 23, Weißensee 15, Pankow 21, Reinickendorf 29 und bei den Leitungen BEWAG 15, Post 39, Eisenbahn 39.

Am 2. und 3. Februar 1946 fand die erste Stadt-Delegiertenkonferenz des FDGB in Groß-Berlin statt. Kollege Brass eröffnete die Konferenz und stellte fest, dass von den ordentlich gewählten 605 Delegierten 596 anwesend waren; sie vertraten derzeit ca. 300.000 Gewerkschaftsmitglieder (Stand vom 30.12.1945) (14. XIII/XXXII).

In den Rechenschaftsberichten der Kollegen Göring und Schlimme sowie in den Aufgaben und Grundsätzen des Kollegen Chwalek spiegelten sich die Fortschritte bei der Durchsetzung des neuen Inhalts der Gewerkschaftsarbeit wider.

In ihren Beschlüssen orientierte sich die Konferenz darauf, dass mit Hilfe des Mitbestimmungsrechts auf allen Ebenen noch stärker Einfluss auf den wirtschaftlichen Neuaufbau und der Festigung anti-faschistischer, demokratischer Staatsorgane genommen werden sollte. Sie forderten die Liquidierung der Konzerne und Monopolbetriebe und die Überführung in die Hände des Volkes. Des Weiteren stellte die Konferenz folgende Aufgaben (14.):

- Neuregelung der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes
- Abschluss von Tarif- und Lehrlingsverträgen
- Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre
- Kampf gegen die Nazi-Ideologie.

In den neuen Vorstand des FDGB wurden 30 Kollegen gewählt, die anschließend die Geschäftsführung und die Vorsitzenden wählten. Erster Vorsitzender wurde Kollege Chwalek; zweiter Vorsitzender der Kollege Schlimme; dritter Vorsitzender der Kollege Lemmer. In den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Göring, Jendretzky, Maschke, Fugger, Eichler, Walter und Kaiser.

Am 15. Oktober 1946 fand die erste „Berliner Betriebsräte-Versammlung“ statt. Die Betriebsräte stellten nach eingehender Aussprache den Antrag zur Bestrafung der Kriegsverbrecher und die entschädigungslose Enteignung der Konzerne und Monopolbetriebe. Um ihren Antrag Kraft zu verleihen, beschlossen die Teilnehmer, Unterschriften in den Betrieben zu sammeln. Der Antrag wurde der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 28. November 1946 übergeben.

Neugründung der IG Metall nach 1945 (Verwaltungsstelle Groß-Berlin)

Kollege Walter, ehemaliger Funktionär der RGO und weitere Funktionäre begannen sofort, bekannte ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre der Metall aus verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen für die Mitarbeit zu gewinnen.

An alle unorganisierten Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen!

Weißt du, Kollege,

daß der Wiederaufbau unserer Metallbetriebe, die dir Arbeit und Lohn geben und dem ganzen arbeitenden Volke den Wiederaufstieg eröffnen, mit dem Werk des Verbandes der Metallarbeiter lauft

Weißt du, Kollege,

daß die heute auf dem Markt erscheinenden Haushaltsgegenstände, die deine Familie kauft, daß die Pflüge und Eggen, die dem Bauern ermöglichen, dein Brot für den kommenden Winter zu sichern, daß die wiederhergestellten Brücken, über die du täglich gehst und fährst, durch die Initiative der Gewerkschaften dem Verkehr wieder übergeben wurden?

Weißt du, Kollege,

daß in den Betrieben, wo die gewerkschaftliche Organisation stark ist, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft verwirklicht und der alte DAF-Geist des „Betriebsführers“ und der gehorchenden „Gefolgschaft“ beseitigt ist, der Lohn der Arbeiter gesichert und die Arbeitsverhältnisse wesentlich gebessert wurden?

Weißt du, Kollegin,

daß unser Verband sich dafür einsetzt, daß „gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder Leistung“ gezahlt werden muß, damit du endlich einmal dem männlichen Kollegen gleichgestellt wirst?

Weißt du, Kollegin,

daß unser Verband einen freien, bezahlten Wochtag im Monat in einigen Betrieben bereits durchgesetzt hat und auch für dich erreichen will und in allen Fragen, die dich als Mutter und Frau angehen, entschieden deine Interessen vertritt?

Wißt ihr, Kollegen und Kolleginnen,

daß die Gewerkschaften die entschiedensten Verteidiger der Interessen der Arbeiterschaft gegen alle reaktionären Kräfte in Betrieben und Verwaltungen und damit die Garanten für den Frieden sind?

Kollege, Kollegin, kommt du vor deinem eigenen Gewissen verantworten,

daß du noch länger absits stehst und abwartest, was die gewerkschaftlich organisierten Kollegen für dich herausholen?

Du bist noch unorganisiert? Zögere nicht länger, hilf mit!

Du fehlst noch in unseren Reihen!

Je stärker wir sind, um so schneller kommen wir aus dem „Druck“ heraus und können unsere Lebenslage verbessern und ein freihetliches Leben führen.

Meldungen an den gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensmann erbeten.

Werde Mitglied des Verbandes der Metallarbeiter!

Heranzugehen: Verband der Metallarbeiter, Berlin C2, Wallstr. 61-65

gk 4 - 3 (28) Metallarbeiter, Berlin N 4, Listenstr. 120/121

Z 11 1 4

Flugblatt der IG Metall

Abb. 43: Flugblatt der IG Metall an alle Unorganisierten

Das war sehr schwer, zumal viele Kolleginnen und Kollegen, die das KZ und die Zuchthäuser sowie den Nazi-Terror überstanden hatten, so geschwächt und krank waren, dass sie nicht mehr mitarbeiten konnten.

Am 23. Juni 1945 fand die Konstituierung des provisorischen Vorstandes der Metall (Verwaltungsstelle) statt (Wallstraße - ehemaliges ADGB und FDGB-Haus).

Das Ziel war es, einen paritätischen Vorstand zu bilden.

Die Ansprache hielt Kollege Walter vom vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss Groß-Berlin. Die Aussprache war sachlich und kritisch. Es wurden alle Fehler, die zur Machtergreifung Hitlers führten, dargelegt. Das soll der Vergangenheit angehören.

Übereinstimmend kamen alle Teilnehmer zu dem Ergebnis, dass in Zukunft der Bruderkampf ein für allemal beendet sein sollte. Nur so können wir die Zukunft in Glück und Frieden aufbauen. Einheit soll und muss das bestimmende Ziel sein. Denn Vertrauen zueinander muss vorhanden sein, um das große Werk aufzubauen.

Auf Vorschlag des Kollegen Walter wurde Kollege Rettmann als Erster Vorsitzender und Kollege Eichler als Zweiter Vorsitzender von den Anwesenden einstimmig bestätigt.

Das Arbeitsprogramm

Grundlage ist der „Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Groß-Berlin“ ... sowie die Richtlinie des KPD-Aufbaus vom 15. Juni 1945 und das Programm der Neukonstituierung der Berliner SPD vom 17. Juni 1945.

In den zwei Beratungen am 27. Juli 1945 stellte Kollege Eichler an den provisorischen geschäftsführenden Vorstand den Antrag, dass er als Zweiter Vorsitzender die gleichen Rechte haben sollte wie der Erste Vorsitzende, weil - so begründete er - ein KPD-Mitglied an der Spitze des Vorstandes von den westlichen Besatzungsmächten nicht genügend akzeptiert werden würde. Außerdem entspreche der Anteil der Kommunisten im provisorischen Vorstand nicht ihrer zahlenmäßigen Stärke im deutschen Metallarbeiterverband vor 1933.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt - man ging zur Tagesordnung über (10.).

Folgende Aufgaben wurden beraten und festgelegt:

- Zur Sicherung des Mitbestimmungsrechtes sind sofort Betriebskomitees und Betriebsräte zu bilden;
- Die neuen Leitungen sind vertraut zu machen mit den neuesten Gesetzen und Bestimmungen, wie z.B. Aufbau der einheitlichen S. V., Besuch des Magistrats vom 14. Juli 1945;
- Aufruf des provisorischen Vorstandes zur Landhilfe (8. Juli 1945 - Befehl 124 der SMAD), Beschlagnahme und Übernahme einiger Monopolbetriebe;
- Aufruf der Metallarbeiter - „Anfangen!“ vom 8. Juli 1945 . Der Aufruf fordert die Einbeziehung aller Metall-Handwerksbetriebe - Dienstleistungen auch für die Bevölkerung Berlins.

Der Aufruf fand großen Anklang - das drückte sich auch in der Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten aus.

Die Metallarbeiter-Funktionäre stellten sich an die Spitze beim Aufbau der Betriebe (10., S. 23)



39. Aufbautag bei Bergmann-Borsig in Wilhelmsruh, November 1948.
4. v. l. Fritz Rettmann, 1. Vorsitzender der IG Metall Groß-Berlin

Abb. 44: Aufräumarbeiten bei Bergmann-Borsig 1945
Funktionäre packen mit an

Der organisatorische Aufbau der IG Metall konnte darum nur im engen Zusammenhang mit dem unverzüglichen Beginn des Aufbaus der Metallbetriebe erfolgen. Darum der Appell „Anfangen!“, den der provisorische Vorstand des

Verbandes der Berliner Metallarbeiter an die Berliner Arbeiterschaft mit aller Dringlichkeit richtete. Dieser Appell ging von der Erkenntnis aus, dass nur aktives Handeln aus der Not herausführen könnte. Wie sah es denn in Berlin aus? Als alter Berliner konnte ich bei meiner Rückkehr nach Berlin die Straßen kaum wieder erkennen, so zerbombt waren sie.

Am 30. Juli 1945 fand die erste Tagung des provisorischen Vorstandes der IG Metall in der Wallstraße statt.

Anwesend waren 106 Funktionäre aus 20 Stadt-Bezirksvorständen (Stadtteilleitungen) der IG Metall. Bilanz des provisorischen Vorstandes.



Mitglieder des provisorischen Vorstandes der IG Metall in Berlin 1945/46. Obere Reihe v. l. n. r.: Alfred Lange, Lewandowski, Paul Gericke, Erich Galle, Anastasius Grunwald, Paul Fabian. Untere Reihe v. l. n. r.: Paul Peschke, Otto Eichler, Fritz Rettmann, Otto Tost, Frieda Gladosch, Michael Niederkirchner.

Der provisorische paritätische Vorstand der Berliner Metallarbeiter stellte sich die Aufgabe, die Arbeiter zu aktivieren, ihr Bewusstsein zu stärken und sie von der Nazi-Ideologie zu befreien, in den Betrieben und 20 Stadtbezirken und Landesleitungen ihre Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen. Die Vorstände und Leitungen sollten nach Möglichkeit paritätisch zusammengesetzt und gewählt werden.

Abb. 45: Mitglieder des provisorischen Vorstandes der IG Metall

Viel Unterstützung leistete die KPD. Sie war darauf bedacht, dass möglichst viele ihrer Funktionäre in die Leitungen gewählt wurden.

Zu den hervorragenden Leistungen der IG Metall in diesem Jahre gehörten nicht nur die Schaffung von neuen Tarifen und der Abschluss von Betriebsvereinbarungen mit voller Gewährleistung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten sowie der Intelligenz.

1. Bildung der Stadtbezirksleitungen und Arbeit in den Betrieben
2. Bildung der Betriebskomitees und der Betriebsräte;
Stand der Mitglieder 1945: 28.616 (10.)

Es wurde gewertet, dass die Betriebsarbeit dazu beiträgt, die Branchen zu überwinden. Außerdem wurde bereits begonnen, Vertrauensleute zu wählen. Die Branche der Techniker und Obermeister bzw. Werkmeister sind mit ihrer Leitung - Kollegen Max Günther und Fritz Rosigad - geschlossen zur Metall übergetreten.

Noch nicht wurde das Ziel bei den Rohrlegern erreicht. Hier wurde noch ein Kompromiss geschlossen. Der Vorsitzende war der Kollege Niederkirchner.

Es wurden Kommissionen mit Vorstandsverantwortlichen gebildet.

Geboren 1902. Metallarbeiter. Seit 1918 gewerkschaftlich und seit 1920 in der KPD organisiert. Wurde wegen seiner aktiven gesellschaftlichen Arbeit mehrfach gemäßregelt. 1930/31 Sekretär des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB), 1933 dessen Leiter unter illegalen Bedingungen. In der Zeit des Faschismus war er illegal tätig. Kämpfte als Politkommissar in den Internationalen Brigaden in Spanien. 1939 in Frankreich eingekerkert und 1943 an die Gestapo ausgeliefert und in das KZ Sachsenhausen verschleppt.



Fritz Rettmann

1945 1. Vorsitzender der IG Metall Groß-Berlin, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB sowie des Zentralvorstandes der IG Metall. Er war Magistratsdirektor, Arbeitsdirektor, später Mitglied der Bezirksleitung der SED Berlin. Fritz Rettmann ist Vorsitzender der Veteranenkommission beim Bundesvorstand des FDGB und stellvertretender Vorsitzender des Solidaritätskomitees für das spanische Volk.

X

Abb. 46: Portrait und Biografie des Kollegen Fritz Rettmann

Lohn / Tarif	Fabian
Vorsitzender	Rettmann
2. Vorsitzender	Tost
Schulung	Nickel und Degen
Handwerk	Krause

- Geschäftsführender Vorstand -

Sozialpolitik	Marude
Kasse	Lange, Gericke,

Jugend	Venus
Frauen	Gladosch / Bieler,
	Thorm, Bieler,
	Gladosch

Wirtschaft	Koch
Organisation	Gericke

Stärke des Vorstandes: 35 Kollegen

Damit war ein ordentlicher Vorstand gewählt, der den Namen „IG Metall Berlin, Sitz Wallstraße“ bekam.

Weiterhin wurden die Delegierten über die Bestimmungen

- „Arbeitsschutz und Unfallschutz“,
- „Lohnposition - gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Jahresurlaub (12 Tage)
- Übernahme von 202 Betrieben in den Status „VEB“ (Volkseigener Betrieb) am 22.12.1945 informiert.



Abb. 47: Der Vorsitzende der IG Metall Berlin, Fritz Rettmann, spricht.

Es entwickelten sich aber bereits wesentliche Widersprüche:

Durch das angewandte Leitungsprinzip des demokratischen Zentralismus, das besagt „wählbar von unten nach oben und Durchführung der Beschlüsse von oben nach unten“, konnte es zu Dogmatismus und Schönfärbertum kommen, was das demokratische Leben in den Gewerkschaften verletzte.

Folgende Kollegen sind ausgeschieden:

Kollege Künke, Eichler, Schmidt und Glaubitz.

Es folgte die Nachwahl der Kollegen Degen, Lensch, Bielefeld, Vollmer, Mellenthin, Graatz, Gericke, Peschke, Krauter, Niederkirchner, Ladondowski, Lange, Glodosch, Galle, Schulz, Venus und Klebbga.

Damit wurde die paritätische Zusammensetzung verletzt - und die SED hatte die absolute Mehrheit erreicht. Als Zweiter Vorsitzender wurde Kollege Tost gewählt.

Beschluss: Flugblatt-Werbung von Mitgliedern. Erster Entwurf: Produktionsprogramm.

Weiterhin: Beschluss über die Aufhebung von Nazi-Gesetzen (10).

Der Gewerkschaftsbeitrag wird von einem Vertrauensmann eingezogen und muss bei der Verwaltung des FDGB abgerechnet werden. Die Industriegewerkschaft behält nur einen Prozentsatz für ihre Arbeit zurück. Damit sind jedoch die Kolleginnen und Kollegen nicht einverstanden, weil damit bereits die Selbstständigkeit der Industriegewerkschaften eingeschränkt wird. Hinzu kommt noch, dass durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus die eigenständige Beschlussfassung und Leitung der Industriegewerkschaften begrenzt wird. Damit waren einige Vorstandsmitglieder nicht einverstanden.

Mit der Bildung von Volkseigentum und der Schaffung von einigen Institutionen, z.B. der Staatlichen Plankommission (SPK), entstanden für die Gewerkschaften neue Leitungsmethoden und Aufgaben; auch bedingt durch den gewollten Einfluss auf die staatliche Planung im Staatsapparat und in den Betrieben.

Das verlangte ein Umdenken der Funktionäre.

Deshalb wurde auch der Antrag der Berliner Betriebsräte aus der Versammlung vom 15. Oktober 1946 zur entschädigungslosen Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis, durch das Berliner Stadtparlament vertagt und nicht bestätigt.

Erst nachdem es zur Spaltung des Berliner Senats 1948 kam und im Ostsektor am 30. November 1948 der Magistrat gebildet worden war, wurde der Antrag der Betriebsräte vom 15. Oktober 1946 als Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Umgesetzt wurde er, indem 405 Betriebe, Banken und etwa 1.600 ha Garten- und Landwirtschaftsfläche enteignet und in Volkseigentum überführt wurden.

Die IG Metall setzte von Anfang an ihr Schwergewicht darauf, das Mitbestimmungsrecht in den Konzernen, Betrieben und im Staatsapparat durchzusetzen.

In den Betrieben wurde versucht, die Gewerkschaft mit allen Schikanen herauszudrängen.

So versuchten bestimmte Kräfte im EAW-Treptow, das Mitbestimmungsrecht bei der Entnazifizierung zu verhindern.

Der Kollege Franz Warnke versuchte im Schaltgerätebau des EAW, Exportgeräte mit Fehlern zu versehen. Er wurde daraufhin fristlos entlassen (10.).

In Nacht- und Nebelaktionen versuchte der Konzerndirektor, ganze Abteilungen aus dem EAW in den benachbarten Westsektor Berlins zu verlagern.

Die reaktionären Kräfte versuchten, in allen Betrieben den Produktionsablauf zu stören und solche Leute zu kaufen, die sie bei diesen Aktionen unterstützten. Das zeigte auch die Einsetzung des Direktors von Siemens, Herrn von Witzleben, durch die englische Besatzungsmacht. Sie erfolgte gegen den Willen der Siemens-Arbeiter.

Am 14. April 1947 streikten 10.000 Kollegen zehn Minuten lang gegen diese Einsetzung.

Bis zu diesem Zeitpunkt fanden 26 Streiks in den Berliner Metallbetrieben statt. Es ging in diesen organisierten Arbeitskämpfen um das Mitbestimmungsrecht, um veränderungswürdige Lohnbedingungen, um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die

Realisierung anderer Forderungen.

Bereits in dieser Zeit beschlossen die Gewerkschaften die alte Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ... in allen Lohnmaßnahmen durchzusetzen und es wurden neue Tarifverträge vorbereitet.

Erste Stadtdelegierten-Konferenz der IG Metall-Geschäftsstelle Berlin am 22. Juni 1946

Kollege Rettmann sprach über die Rolle der Gewerkschaft beim Neuaufbau der Wirtschaft. Kollege Tost gab den Rechenschaftsbericht des provisorischen Vorstandes vor den gewählten Delegierten aus den 20 Stadtbezirkskonferenzen (Kreise). An den Konferenzen der Stadtbezirke hatten Vorstandsmitglieder teilgenommen.

Der Organisationsgrad stellte sich wie folgt dar:

Von 101.736 Beschäftigten in der Berliner Metall-Industrie waren 93.831 in der IG Metall organisiert (= 92,23%).

1945 - 1946 fanden 26 Streiks in den Betrieben statt,
wurden 459 Betriebsräte gewählt
mussten 66 gerichtliche Verfahren mit Handwerksbetrieben bestritten werden.

Im Rechenschaftsbericht betonte Kollege Tost, dass in den Kreisversammlungen gegensätzliche Auffassungen über die Arbeit des Vorstandes dargelegt wurden.

Im Vordergrund standen folgende Probleme:

- Der Vorstand war aufgrund der gleich starken Vertretung von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern zu stark zu Gunsten der SED (gegründet am 21/22.4.1946) ausgerichtet.
- Der Vorstand handelte in manchen Dingen zu autoritär. Es zeigte sich im Vorstand eine starke ideologische Hörigkeit gegenüber der Besatzungsmacht.

Weitere Schwerpunkte der Konferenz waren der Entwurf des Statuts der IG Metall und die 50 eingereichten Anträge.

Die Verwirklichung des demokratischen Aufbaus und die Entmachtung der reaktionären Kräfte in den Betrieben waren ebenfalls Beratungsthemen.

Die Betriebsräte Mattik und Jäcke vom Siemens-Konzern erhoben Forderungen nach Änderungen des Potsdamer Abkommens, nach Einführung der 5-Tage-Woche und Veränderungen des Charakters der Gewerkschaftszeitung. Sie verlangten ein gewerkschaftliches Informationsblatt. Die Forderung nach einer 5-Tage-Woche war für diese Zeit unrealistisch. Die Gewerkschaftszeitung musste als Waffe im Kampf für die Gerechtigkeit zugunsten der Arbeiter erhalten bleiben. Deutlich zeichnete sich in diesen Forderungen das Oppositionsbestreben ab. Die Konferenzteilnehmer lehnten daher die Forderungen entschieden ab.

Weiterhin berichtete Kollege Tost über das Ergebnis der Fondshilfe für das Oderbruch. Das waren: 3.000 Öfen und Herde, 30.000 Gabeln aller Art, 15 Ackerwagen, 1.000 Harken, 10.000 Kartoffelkacken, 200 Pflugschare, 150 Pflüge, 1.000 Grodlerpflüge, 6.000 Drillmaschinen, 5.000 Eggen und Sensen sowie 5.000 Haushaltsgeräte. Für rund 60.000 Mark wurden Landwirtschaftsgeräte hergestellt und 65.000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet. Der Vorstand kaufte für 50.000 Mark Sonderwirtschaftsgeräte für die Überschwemmungsgebiete im Oderbruch. Die Bauern zeigten sich dafür erkenntlich und spendeten 34 Zentner Lebensmittel für Berlin.

Das Programm der IG Metall ging vom Aufbau der Betriebe aus. Die Gewerkschaft leistete der Stadt Hilfe bei der Lösung von Problemen bei den Berliner Verkehrsbetrieben mit ihrer U- und Straßenbahn sowie bei der S-Bahn. Unterstützt wurden Lösungen für Wohnungsprobleme. Eine große Leistung erbrachten die Metallarbeiter den Bauern bei der Ernteeinbringung durch Instandsetzungsarbeiten an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten und deren Herstellung.

Die Metallarbeitergewerkschaft hat ihr Produktionsprogramm in Ehren erfüllt. Trotz Hunger und Kälte, denn die Produktionsstätten hatten nur notdürftig reparierte Dächer und keine Heizungen. Ein besonderes Augenmerk galt der Jugend und den Frauen. 1946 waren in Berlin 5.298 Jugendliche organisiert, 1947 waren es bereits 19.849.



Am Seddinsee wurde ein Jugendheim der IG Metall mit dem Namen „Robert Dissmann“ eingeweiht.

Abb. 48, Einweihung des Jugendheimes „Robert Dissmann“ der IG Metall am Seddinsee

Die Spaltung der Gewerkschaften in Berlin

Nach Auffassung der anglo-amerikanischen Militärbehörde mussten in Berlin mehrere Gewerkschaftsorganisationen gegründet werden, die sich gegeneinander ausspielen ließen.

Die American Federation of Labor (AFL) hatte sich bereits im Mai 1945 auf ihrer Tagung mit Major Ratz und Mister Keenan für die Spaltung der deutschen Gewerkschaften ausgesprochen. Nach dieser Linie wurde dann in den Gewerkschaften in Westberlin gearbeitet.

Bereits ein Jahr später bewilligte der AFL in seinem Kongress unter Anwesenheit des SPD-Vorsitzenden, Dr. Schumacher, 3 Millionen Dollar für den Kampf gegen die Gewerkschaftseinheit in Deutschland und gegen den Weltgewerkschaftsbund (WGB).

Bei der Spaltung waren maßgeblich Dr. Suhr, Jakob Kaiser, Scharowski, Heinemann, Galle u.a. beteiligt (13., Seite 104-110).

Diese Unterstützung ermöglichte den Berliner Spaltern, die notwendige Schulung ihrer Kollegen durchzuführen und schriftliches Material sowie Zeitungen herauszugeben.

Der US-Stadtkommandant in Westberlin, General Howleg, unterstützte die Spalter, indem er die Arbeit der FDGB-Gewerkschaften behinderte, die Versammlungen wurden verboten und die FDGB-Büros mit Hilfe der Militärpolizei und Polizei des Westberliner Magistrat zum Teil geschlossen. Gewerkschaftsmitglieder, die für den FDGB Beitrag kassierten, wurden bedroht und aufgefordert, das zu unterlassen. Bei Nichtbefolgung der Anweisung drohten ihnen Strafe von bis zu 3 Monate, obwohl der Beschluss der vier Stadtkommandanten noch in Kraft war, der besagte, dass der FDGB und seine Industriegewerkschaften/Gewerkschaften das Recht haben, ihre Gewerkschaftstätigkeit auszuführen.

Die Pläne zur Zerstückelung Deutschlands waren in ein neues Stadium getreten. Mit der Zwei-Zonen-Vereinigung (Bi-Zone) und dem damit verbundenen englisch-amerikanischen Ruhrabkommen (6.) bestand ein starker Einfluss auf das Ruhrgebiet.

Der gebildete Zwei-Zonen-Ausschuss war von Anfang an ein Herrschaftsinstrument der Ausländischen Monopol-Kapitalisten zur Sicherung der imperialistischen Basis und des Wiederaufbaus der Konzerne und Monopole in Deutschland. Er stand im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen, das die Zerschlagung der Monopole besagte.

Die neue politische Linie spiegelt sich auch ab im Berliner Abgeordnetenhaus gegen Oberbürgermeister Dr. Ostrowski (SPD). Er wurde durch Intrigen einer Clique verantwortungsloser Politiker seiner Partei gezwungen, aus seiner Funktion zurückzutreten. Der unfreiwillige Rücktritt erfolgte am 17. April 1947. Voraus ging dieser Affäre eine wüste anti-kommunistische Hetze. Dies wurde auch in die Gewerkschaften hineingetragen.

Die Funktion des Oberbürgermeisters übernahm Ernst Reuter (SPD), er wurde aber von der sowjetischen Kommandantur abgelehnt. Daraufhin übernahm Luise Schröder (SPD) pro forma diese Funktion. Als Geschäftsführer wurde Dr. Friedensberg (CDU) benannt.

In dieser Zeit zeichnete sich bereits die Spaltung Berlins ab.

Ein wichtiger Fakt für die Spalter waren die starken Gewerkschaften mit ihren ca. 700.000 Mitgliedern. Sie standen ihnen im Wege (3., Seite 30).

Rechtsgerichtete Gewerkschaftsfunktionäre versuchten, die Gewerkschaften zu unterlaufen. 1947 traten sie mit einer Oppositionsliste bei den Gewerkschaftswahlen in Berlin auf und stellten Forderungen, die gegen die Satzung und Wahlordnung waren. In einer SPD-Gruppenversammlung im EAW Treptow/Berlin am 19. Februar 1947 forderte Scharnowski auf der 2. Stadtdelegierten-Konferenz des FDGB mit folgenden Worten: „... Wir müssen die Berliner Gewerkschaften in unsere Hände bekommen“ (2., S. 88-149).

Die Gewerkschaft der Kaufmännischen Angestellten gab sogar eine separate Wahlordnung Ende Januar 1948 heraus.

Trotz aller Bemühungen bei den Versammlungen der Industriegewerkschaften / Gewerkschaften erreichte diese Opposition lediglich bei den Technikern, Meistern und kaufmännischen Angestellten einige Erfolge (6.).

Am 10. Februar 1948 bildeten rechte Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter vom ehemaligen „Christlichen Bund“ und von der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaftsrichtung eine Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen (UGO). Sie gingen offen zur Spaltung der Gewerkschaften über.

Große Unterstützung erhielten sie vor allem durch die US-Besatzungsmacht sowie Vertreter des AFL und vom Gewerkschaftsbund CIO.

Ein Schulungsraum im Leuschner-Haus stand der UGO zur Verfügung. Sie erhielten außerdem Finanzunterstützung und Lizenzierung für zwei Zeitungen. Am 27. Februar 1948 erschien erstmalig die „Freiheit“ und am 5. Mai 1948 die Zeitung „Das freie Wort“ (22., S. 14-17).

In Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen zur Stadtdelegierten-Konferenz vom 21. bis 23. Mai 1948 stellte die UGO die Forderung, dass auf der Kandidatenliste die „Parteizugehörigkeit“ vermerkt werden müsse. Außerdem forderten sie Urwahlen. Das war gegen die Satzung und Wahlordnung (1., I-V).

In der Denkschrift „Wir klagen an“, Manuskript DGB/UGO, vom 7. und 22. Juni 1948, wurden drei Punkte genannt, die als Ursachen der Spaltung des FDGB gelten:

- die übertriebene Zentralisierung
- die Beibehaltung eines undemokratischen Wahlverfahrens
- die parteipolitische Ausrichtung zugunsten der kommunistischen Ideologie und Beherrschung des Organisations-Apparates durch die kommunistische Partei (13.).

Bei der Wertung der gewerkschaftlichen Spaltung (FDGB) in Berlin ist die gesamte politische, ökonomische Lage einschließlich der Besatzungsmächte zu bewerten. Außerdem wird jede Generation stets ihre Situation werten.

Beachten sollte man, dass die freien Gewerkschaften eine demokratische Organisation waren, die ihre Besonderheiten in ihrer Zeit hatten. Sie waren wählbar von unten nach oben und hatten eine Satzung und Wahlordnung, die vom Vorstand beschlossen und von den Besatzungsmächten bestätigt wurde. Die Beschlüsse waren bindend für alle Leitungen und sind durchzuführen. Dabei sind die Besonderheiten der jeweiligen Leitung zu beachten.

Die UGO forderte, dass die Parteizugehörigkeit bei jedem Kandidaten auf der Kandidatenliste vermerkt werden sollte. Weigerte sich ein Kandidat, diese anzugeben, wurde der Vermerk „ohne Angabe“ gemacht (in der Wahlordnung der Kaufmännischen Angestellten UGO). Das bedeutete, eine parteipolitische Diskussion in die Gewerkschaften hineinzutragen.

Zum anderen ist das eine persönliche Verletzung der Meinungsbildung. Die Spaltung der Gewerkschaften schadete der deutschen Arbeiterbewegung, sie diente dem Klassenfeind. Die Menschen in Ost und West haben dafür bezahlt.

Zur Stadtdelegierten-Konferenz Groß-Berlin des FDGB vom 21. bis 23. Mai 1948 waren 585 Delegierte gewählt worden; davon 325 Delegierte von den 18 Industriegewerkschaften und 260 in den 20 Bezirkskonferenzen (22.).

Laut Bericht des Hauptkassierers, Kollegen Eichler (Angehöriger der UGO) waren 724.844 Personen Mitglied der Gewerkschaften. In 2.650 Wahlkörpern wurden die Delegierten gewählt. Wegen der beschlusswidrigen parteipolitischen Kennzeichnung von Kandidaten wurden insgesamt 74 Mandate für ungültig erklärt. In dieser Konferenz stellte Dr. Suhr im Namen der UGO und von 180 Delegierten den Antrag auf Anerkennung und Klärung der 74 Mandate. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch der Antrag der UGO, die Konferenzleitung so zusammensetzen, dass höchstens 1/3 beamteter Vorstandmitglieder in ihr enthalten sein sollten, wurde abgelehnt. Daraufhin verließen die 150 Delegierten der UGO die Konferenz.

In dieser Konferenz kam es zur Spaltung. Die UGO-Verantwortlichen lehnten jede Verständigung mit dem FDGB ab und schlossen die Möglichkeit einer Einigung aus.

Die Berliner Zeitung schrieb am 22. Mai 1948: „Die starre Politik ist nur erklärlich aus dem fremden Auftrag, an den sie gebunden sind.“

Dazu gab der Tagesspiegel vom 1. Januar 1948 die Absichten des stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner SPD, Mattick, folgendermaßen wieder: „Für Berlin sei es das Gebot der Stunde, den in den kommunistischen Händen befindlichen Machtapparat des FDGB zu zerschlagen und eine Gegenkraft aufzurichten, die der kommunistischen Minderheit die Möglichkeit gibt, nach ihrem Willen alle Räder stillstehen zu lassen ...“ Diese Worte Mattick's „... dürfen der UGO den Weg weisen, den sie zu gehen hat ...“

Damit war die Spaltung der Gewerkschaft vollzogen.

Der FDGB setzte seine Konferenz fort und wählte den neuen Vorstand und die Revisionskommission und beschloss die neuen Aufgaben. Am 26. Mai 1948 tagte die UGO und wählte ihren Vorstand.

Der FDGB wurde am 9. Juni 1948 in Westberlin verboten. Die Polizei beschlagnahmte die Unterlagen und die Räume des FDGB und übergab diese der UGO.

Die Leitung der UGO forderte in einem Schreiben alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Beiträge nicht mehr an den FDGB zu entrichten, sondern an die UGO (22., S.15).

In den Jahren 1947/48 spitzten sich gesamt-gesellschaftliche Widersprüche auch in Berlin zu. Die reaktionären Kreise in Westdeutschland und in den USA drängten auf Lösung des Deutschland-Problems.

In der Außenministerkonferenz im November 1947 in London mit der UdSSR, den USA, England und Frankreich - hier ging es um den Friedensvertrag mit Deutschland - wurde die Tagesordnung unterbrochen, weil der Außenminister der USA am 15.12.1947 die Konferenz verließ. An dieser Konferenz wollte eine deutsche Delegation vom ersten deutschen Volkskongress teilnehmen, aber die Einreise wurde der Delegation verweigert. Die Konferenz ging ohne Festlegung für die nächste Tagung auseinander.

Die Zeitung „New York Herald Tribune“ vom 20.12. 1947 teilte mit: „ Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben“. Das Zeitalter „Jalta“ sei vorbei. Es komme jetzt darauf an, West-Deutschland in das System der Westmächte einzubauen (2., S 66).

Im Februar 1948 begann die Sechs-Mächte-Konferenz in London mit den Ländern USA, England, Frankreich und den BeNeLux-Staaten. Diese Konferenz war die erste ohne Teilnahme der UdSSR nach dem 2. Weltkrieg. Allein das war eine grobe Verletzung der Potsdamer Beschlüsse. Die Konferenz empfahl, einen „westdeutschen Separatstaat“ zu schaffen, der am Marshallplan teilnehmen sollte. Damit war es den Spalterkräften in Westdeutschland und Berlin gelungen, den Weg freizugeben.

Am 20. März 1948 tagte der Alliierte Kontrollrat. Marschall Sokolowski verlangte eine Erklärung über die Londoner Konferenz (2., S 65; 2., S 66). Es wurde folgende Erklärung abgegeben: „ Es fände in London nur ein unverbindlicher Meinungsaustausch statt, der nicht in die Kompetenz des Kontrollrates fiel“. Das war eine glatte Lüge. Marshall Sokolowki stellte daraufhin fest,

dass die Westmächte durch ihre Handlungsweise den Alliierten Kontrollrat für Deutschland faktisch zu Grabe tragen. Die Sitzung wurde geschlossen (2., 111-114).

Am 20.6. 1948 erfolgte in den Westzonen eine Währungsreform. Am 21. Juni 1948 erließ die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) in der Ostzone daraufhin die „Verordnung über die Währungsreform in der Ostzone“. Am 22. Juni 1948 erfolgte die Einführung der „Deutschen Mark“ als gesetzliches Zahlungsmittel im Westsektor Berlin. Somit hatte Groß-Berlin zwei Währungen. Die West-Währungsreform brachte Konflikte für die Ost-Wirtschaft mit sich; sie vertiefte die ökonomische Spaltung Deutschlands.

Es folgte am 24. Juni 1948 eine Vierer-Besprechung des Finanz- und Wirtschaftsbeirates über eine einheitliche Währung in Groß-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Das Ergebnis wurde dem amtierenden Oberbürgermeister laut Befehl Nr. 111 übermittelt. Die westlichen Besatzungsmächte erklärten den Währungsbefehl der Sowjetunion für ungültig; daraufhin wurden die Banken geschlossen.

Durch die sowjetischen Behörden wurde daraufhin am 24. Juni 1948 der gesamte Verkehr von Berlin zu den West-Zonen geschlossen und die Stromlieferungen nach Westberlin eingestellt. Weitere Verbote folgten. Die Blockade endete erst am 12. Mai 1949.

Zwei Monate später kam es zu außerordentlichen Störungen in der Stadtverordneten-Versammlung, die letztlich am 6. September 1948 zur Spaltung der Stadtverordneten-Versammlung führte.

Die ersten Lebensmittel für Westberlin wurden am 25. Juni 1948 mit einem Transportflugzeug eingeflogen, weil der gesamte Güterverkehr zu Lande von und nach Westberlin gesperrt war. Offiziell wurde am 8. Juli 1948 die Versorgung Westberlins über die Luftbrücke begonnen. Seit Beginn der Luftbrücken-Versorgung verschärfen sich die Konflikte um Berlin und die Gefahr eines neuen Kriegsausbruches erhöhte sich.

Westdeutschland stellte die Stahllieferung für die Ost-Zone ein. Damit war Ostdeutschland zum kostenintensiven Aufbau einer eigenen Stahlindustrie gezwungen worden.

Die wirtschaftliche Trennung wirkte sich auch auf andere Industriezweige im Osten aus.

Die alltäglichen Bedrohungen in den Ost-West-Auseinandersetzungen nahmen zu.

Der englische Premierminister i. R., Churchill, empfahl der US-Regierung, der UdSSR ein Ultimatum zu stellen. Entweder sie zieht sich schleunigst aus Berlin zurück oder ihre Städte werden mit Atombomben ausradiert (2., 85).

Die Westberliner Zeitung „Der Sozialdemokrat“ druckte am 17. August 1948 folgende Bemerkung: „... Berlin ist einen Krieg wert“.

Trotz der Störungen und Hetze von beiden Seiten sowie der Meinungen einiger Politiker aus dem Westen, die Russen aus Berlin hinauszuschmeißen, hielten sich die verantwortlichen Militärs zurück, denn das hätte einen Atomkrieg, nicht nur in Deutschland, bedeutet.

Wie ernst die Lage in Westberlin war, zeigt, dass die alten „Bunkereinrichtungen“ wieder für den Zivilschutz in der Zeit des kalten Krieges ausgebaut wurden, z.B. der Bunker in Gesundbrunnen.

Die NATO ging davon aus, dass ein Krieg in Europa nicht mit konventionellen Waffen geführt werden würde. Hier sollten 20.000 Menschen überleben.

Im Berliner Stadtparlament entbrannte in den Jahren 1947/48 der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft. Die SPD-Fraktion plädierte für eine einheitliche Wirtschaftskammer mit Unterabteilungen für Industrie, Handel und Gewerbe, in der auch Unternehmer entscheidenden Einfluss ausüben. Dagegen forderten die Gewerkschaften im FDGB Groß-Berlin die gleichberechtigte Mitarbeit in allen Organen der Wirtschaftskammer.

Die Fraktionen der SPD, CDU und LDP stimmten gegen den Mitbestimmungsanspruch der Gewerkschaften.

Das war eine alte Forderung der Gewerkschaften, Einfluss auf die Planung und Lenkung der Wirtschaft zu nehmen. Mit dieser Vorstellung war die Führung der amerikanischen Hochfinanz nicht einverstanden und die westalliierten Kommandanten in Berlin waren die Erfüllungsträger der USA.

Bildung der einheitlichen Versicherungsanstalt Berlin (VAB) 1945

Das Heer der unversorgten Kranken, Kriegsinvaliden, Unfallverletzten und Rentner musste versorgt werden. Die alten Versicherungen waren zusammengebrochen und mittellos, es fehlten zum Teil Unterlagen. Viele Einrichtungen wie Kranken- und Pflegehäuser waren stark beschädigt. In Berlin lebten ungefähr 378.000 Rentner mit ca. 55.600 Familienangehörigen. Etwa 60.000 Personen waren Kranke.

Um die notwendige Kranken- und Rentnersversorgung zu gewährleisten, wurden am 1.6.1945 vom Magistrat von Berlin provisorische Verwaltungsstätten eingerichtet, die Krankenscheine ausstellten, ärztliche Verordnungen abstempelten und Einweisungen in Krankenhäuser vornahmen.

Der Aufbau der neuen VAB breitete große Schwierigkeiten, da es bis 1945 in Berlin 156 verschiedene Versicherungsträger gab. Sie beschäftigten ca. 11.000 Beamte, Arbeiter und Angestellte. Dieser aufgeblähte Verwaltungsapparat kostete sehr viel, hinzukam, dass die verschiedenen Versicherungszweige nicht zusammen arbeiteten. Dadurch entstand ein Mehraufwand an Kosten und Zeit. Das war mitunter ein Nachteil für die Versicherten.

Durch den Krieg wurden auch die Versicherungsanstalten auf Beschluss der Regierung Hitlers ausgeplündert. Sie mussten ihr Vermögen von 20 Milliarden Reichsmark als Kriegsanleihe zur Verfügung stellen.

Gestützt auf die Vorschläge des FDGB an die sowjetische Besatzungsmacht erließ diese später den Befehl Nr. 28 in Januar 1947 zum Aufbau der VAB mit einer starken Selbstverwaltung. Damit entstand vor dem Magistrat und dem FDGB eine sehr komplizierte, aber notwendige Arbeit zur Lösung der sozialpolitischen Aufgaben in Berlin.

Mit der Gründung der einheitlichen VAB wurde gleichzeitig auch der Vorstand gewählt. Er bestand aus 60 Kollegen, darunter 40 Vertretern des FDGB und 20 selbstständigen Gewerbeinhabern. Die Kollegin Martha Arendsee, Mitglied des FDGB-Vorstandes, wurde als Vorsitzende gewählt. Als Direktor wurde Professor Schellenberg vom Magistrat berufen. Damit wurde der Beschluss des Hamburger Gewerkschaftskongresses von 1927, eine einheitliche Sozialversicherung zu bilden, verwirklicht.

Eine Beschluss-Erweiterung vom 21. Januar 1949 legte fest, dass die VAB dem FDGB übertragen wurde.

Ein Teil der Arbeit wurde gleichzeitig den Gewerkschaftsleitungen in den großen Betrieben, den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in Verantwortung mit den Betriebsleitungen übertragen.

In den Betrieben wurden viele Gesundheitshelfer ausgebildet und in den Gewerkschaftsgruppen ein „Sozialobmann“ gewählt. In den BGL'en wurde der Sozialbevollmächtigte des Betriebes sowie der Arbeitsschutz-Beauftragte gewählt. Diese Kollegen waren mit weitgehenden Rechten ausgestattet.

Die damaligen Verwaltungskosten betragen 4,0% der Einnahmen.

Bereits in den Jahren 1948/49 wurden viele Leitungen in den Betrieben auf dem Gebiet der Sozial-Einrichtungen tätig. So wurden z.B. in den Berliner Betrieben 248 Sanitätsstellen eingerichtet sowie vier Polikliniken mit 1.252 Betten gebaut. Neben diesen Objekten gab es weitere soziale Einrichtungen.

Im Oktober 1948 hatte der Direktor, Prof. Schellenberg, die eigenmächtige Spaltung der VAB vorgenommen. Er verließ mit etwa der Hälfte der Beschäftigten die Berliner Verwaltung und ging nach Westberlin.

Eine Jahreskontrolle bei der VAB ergab ca. 40 Millionen Mark Beitragsrückstände aus Westberliner Betrieben. Diese hatten die Beiträge zurückgehalten (12., S. 45-49).

Damit wurde versucht, den Aufbau in Ostberlin erheblich zu schädigen.

Einige Bemerkungen zu den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946/48

Mit der Neubildung der deutschen Gewerkschaften in allen vier Besatzungszonen und in den Berliner vier Sektoren entstand das Bedürfnis und Bestreben, eine gemeinsame Gewerkschaftsarbeit - trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen und Meinungen - auch im Organisationsaufbau zu leisten. Es sollte auch dazu beitragen, einheitliche Aufgaben festzulegen. Die Gewerkschaften sollten mit dazu beitragen, einheitliche Kampfaufgaben und einen deutschen Friedensvertrag und Maßnahmen festzulegen.

Das Bestreben der deutschen Gewerkschaftsverbände wurde auch vom Vorsitzenden des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), Louis Saillant, unterstützt.

Am 13./14. Juli 1946 fand in Frankfurt/Main die erste Beratung zur Einberufung der Interzonenkonferenz statt. Sie wurde vom Vorsitzenden des Hessischen Gewerkschaftsbundes, Kollegen Willi Richter, geleitet. Kollege Saillant überbrachte die Grüße des WGB.

In seiner Ansprache mahnte er besonders, die Einheit zu wahren.

Insgesamt fanden neun Interzonenkonferenzen statt. Zu diesen Konferenzen hatten die vier Zonen und Berlin ihre Vertreter delegiert. Während der ersten Konferenz am 18./19. Dezember 1946 in Hannover wurde beschlossen:

1. Zusammensetzung der Tagung
2. Zweck und Aufgaben der Tagung
3. Geschäftsordnung
4. Kommissionen

Nach jeder Tagung wurden ein Protokoll und ein gemeinsames Kommuniqué angefertigt. Im Wesentlichen wurden gewerkschaftspolitische, wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Fragen behandelt. In den Kommissionen wurden weitere spezielle Fragen erörtert. Dazu konnten auch Fachsachbearbeiter hinzugezogen werden. Wie zum Beispiel Frauen und Jugendliche. So wurde auch eine Jugendkonferenz vom 15. bis 17. Januar 1948 in München durchgeführt.

Die Gegensätze zwischen den Ost- und Westverbänden machten sich immer stärker bemerkbar. Die Meinungen drifteten immer weiter auseinander. Gleichzeitig verstärkte sich der politische Gegensatz zwischen den Siegermächten, vor allem nach der Londoner Konferenz und dem Zusammenschluss der drei Westzonen und deren Eingliederung in den Marshallplan.

Der Streit der Siegermächte belastete auch die Diskussion in den Gewerkschaften. So führte die Blockade Westberlins, die im Mittelpunkt der Auseinandersetzung während der 9. Interzonenkonferenz stand, letztlich zur Beendigung der Gespräche zwischen den Westverbänden und dem FDGB. Westdeutsche Vertreter verlangten zur Klärung der Berlin-Frage die Vertreter der UGO einzuladen. Von den Ost- und Westberliner Delegierten wurde eine schriftliche Erklärung gefordert. Hierbei kam es zu schweren Auseinandersetzungen, aufgrund derer die Tagung ergebnislos und auf unbestimmte Zeit vertagt wurde (siehe Pressemitteilung).

Mit der Konferenz am 17./18. August 1948 in Enzisweiler bei Lindau/Bodensee wurde der Kontakt zwischen den Gewerkschaften abgebrochen.

Persönliches

Abschließend möchte ich, der Autor, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Senioren-Arbeitskreis bedanken, die mich unterstützt haben, diesen Zeitabschnitt in vorliegender Fassung zu beschreiben.

Genauso herzlich bedanke ich mich bei Frau Elisabeth Illenhagen aus dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Finkensteinallee, und bei Frau Monika Schmidt vom Landesarchiv Berlin, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben.

Besonderer Dank gilt der Kollegin Christine Volkert aus der IGM-Verwaltungsstelle Berlin und dem Kollegen Fritz Klinke, die mein Manuskript durch Datenerfassung an Computertechnik in eine lesbare Form gebracht haben.

Berlin, im September 2001

Hinweise

Zur Erarbeitung des Kapitels VI der Chronik „100 Jahre Verwaltungsstelle Berlin der IGM“ wurden folgende Institutionen und Einrichtungen konsultiert bzw. dort in Literatur Einsicht genommen:

1. Landesarchiv Berlin , 13403 Berlin, Eichborndamm 115-125
zum Abschnitt „Gewerkschaft 1945“
2. Bundesarchiv, Abteilung Gewerkschaft Berlin 1945,
13403 Berlin, Eichborndamm 115-125
3. Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Unter den Linden
4. Museum der Sowjetischen Armee, Berlin-Karlshorst
5. Museum der Sowjetischen Armee, Bereich Büchersammlung, 15838 Wünsdorf
6. Niederlassung des Bundesvorstandes des FDGB, Zweigstelle Berlin, Wallstraße

Hinsicht auftretender Fragen zum Kapitel-Text , zu Dokumentationen und Informationsquellen steht der Autor gerne zur Beantwortung zur Verfügung.

Autoren-Anschrift: Waldemar Mertins
12587 Berlin, Hartlebenstr. 2
Telefon: (030) 641 08 12

Quellenverzeichnis zu Kapitel VI

1. Keiderling/Stutz, Berlin 1945 - 1968, Dietz-Verlag 1990, Abs. I - V
2. Keiderling, Berlin 1945 - 1987, Dietz-Verlag 1987, Seiten 14 - 142
3. Adler, „Berlin in jenen Tagen“, Kongress-Verlag Berlin 1959, S. 1 -30/ S. 134
4. Zentner, „50 Jahre des XX-Jahrhunderts“, B I, II und III, Burda-Verlag Offenburg -Baden 1950
5. Weil-O-U, „Churchill und der britische Imperialismus“, B I und II, Morgen-Verlag Berlin 1964, 105-III
6. „Diplomatische Chronik des 2. Weltkrieges“, Verlag der sowjetischen Militärverwaltung i. D. 1946, S. 9 - 25
7. Senat von Berlin, „Berliner Schicksal 1945 - 52, 1953 und 1954“, Druckhaus Tempelhof, Berlin 1956, S. 53/54
8. Jendretzky, „Die Einheit ist der Fels auf die Zukunft“, Verlag Tribüne, Berlin 1987
9. Rettmann, „Lebendige Chronologie der IG Metall“, Manuskript (516) 1447
Lizenz 2- 250/81
10. Prof. Dr. Stölzel, Museum Berlin-Karlshorst 1937 - 1995
11. FDGB Groß Berlin, Zeitschrift „Wir sind eine große Kraft“, S. 56
12. FDGB, Geschäftsbericht des FDGB 1946 (SBZ), Verlagsgesellschaft MBU 1947, Seite 37, Streikordnung
13. Bednareck und andere, „Dokumente zur Gründung der Gewerkschaften - Neubeginn“
Verlag Tribüne 1974, „Die freie Gewerkschaft“
14. Lehmann und andere, „Aufbruch in unsere Zeit“, Verlag Tribüne 1974
15. DGB Berlin, „Berliner Gewerkschaftsgeschichte 1945 - 1950“, Druckerei R. Otto, Lützowstr. , 1971
16. Klaus Müller und andere, „Berlin, eine Geschichte mit Zukunft“, ETRO-Verlags GmbH, S. XIII - XXXII
17. Autorenkollektiv, „Geschichte des FDGB, Einleitung“, Verlag Tribüne , Berlin 1982
18. FDGB BV, Geschäftsberichte 1950 - 1954, Verlag Tribüne
19. FDGB (SBZ), Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz 09.11.1946, Seite 236, Satzung
20. FDGB (SBZ), Protokoll des 2. Kongresses FDGB 19.04.1947, G 20118, Condordruck, BV des FDGB 1947
21. FDGB, „ Durch politische Klarheit“, Bitterfeld, 25. - 26.11. 1948, Condordruck 48
22. DGB (UGO) Berlin, „Wir klagen an“, Manuskript 1948/49
23. FDGB BJV Berlin, „Dokumentation und Erklärung“ Spaltung FDGB, Pressekonferenz 22.05.1963
24. Herrstadt, R., Seiten 25 - 27
25. Deutschland / Lange, „Wegbereiter, 32 Portraitskizzen“, Verlag Tribüne 1987

Quellennachweis über eingebrachte Bilder

- | | |
|--|------------------|
| 1. Die ersten fünfzig Jahre des XX. Jahrhunderts,
Seite 5 - Militärregierung - Band II, 1950
Seite 24 - Potsdamer Konferenz - Band III | Zentner |
| 2. Deutsche Kapitulation,
Museum Berlin-Karlshorst 1955
Seite 7 - 9 | Prof. Dr. Stölzl |
| 3. Berlin gestern, heute und morgen,
Seite 9, 13, 15
Reichstag, KWO, Gedächtniskirche
Das Volk hungert | Haneg, 1950 |
| 4. Berlin 1945 - 1988
Seite 17 - Der erste Magistrat von Berlin - | Keiderling |
| 5. Wir sind eine große Kraft
FDGB-Band
Seite 18 - Aufruf zur Gründung des FDGB -
Seite 19 - Satzung - | Leipert/Vos |
| 6. Lebendige Chronologie
Seite 9, 24, 27, 29
Metallarbeiter beim Aufbau, Vorstand der IGM,
Jugendobjekt | Rettmann |
| 7. Geschichte des FDGB
Seite 175 - Verbot des FDGB in West-Berlin | Bundesvorstand |